Reportage über den Metallerstreik in Stuttgart Seite 4/5

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 14 vom 7. April 1978 | 12. Jahrgang | 50 Pfennig

Große Empörung über Verrat der IGM-Bonzen! Die Streikfront steht weiter!

"Dafür haben wir nicht gestreikt!"

„Dafür haben wir nicht gestreikt! Fünf Prozent — das ist Verrat!" Das ist die Überschrift eines Flugblattes der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) in Stuttgart, das am Montag morgen vor den Toren und in den Streiklokalen verteilt wurde. Die Flugblätter werden den Verteilern fast aus der Hand gerissen. Ein Kollege von SKF: „Verrat — genau das ist es." Vor allem die Streikposten sind empört. „Jetzt steh' ich da seit Wochen im Dreck", sagt einer. „Und dann dieses Ergebnis!" Für acht Prozent sind die Metaller in den Streik getreten. Und jetzt? Fünf Prozent! „Das ist ungeheuerlich", sagen die Kollegen, „sechs Prozent wären das allermindeste gewesen." Und die Absicherung vor Abgruppierungen, die die Metaller gefordert haben? Auch hier haben die Gewerkschaftsbonzen sie verraten. Nur noch von einer Weiterzahlung des alten Lohns für 18 Monate nach der Abgruppierung ist im Tarifvertrag die Rede. „Das ist doch keine Absicherung", sagt ein Streikposten. „Mindestens fünf bis zehn Jahre müßte der Lohn gesichert sein, damit man überhaupt von Absicherung sprechen kann. Und außerdem: Es ist ja noch gar nicht raus, wie es dann in der Praxis aussehen wird." Auch daß jetzt nur die Lohngruppe 1 wegfallen soll und nicht, wie gefordert, die Lohngruppen 1 und 2, wird von den Kollegen als schlechter Witz betrachtet. Denn diese allerunterste Lohngruppe gab es sowieso kaum noch.

Ein Streikposten bei SKF brachte die Meinung seiner Kollegen auf einen kurzen Nenner, als er, nach seiner Meinung über den Abschluß gefragt, nur sagte: „Ein Schlag ins Gesicht." Er macht sich auch keine Illusionen über die Haltung der Großen Tarifkommission zu diesem Schandabschluß. „Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus", war seine Meinung.

Viel wurde am Montag morgen über die undemokratische 75%-Klausel bei der Urabstimmung debattiert. Die Kollegen sind sich einig, daß mit dieser Klausel den Streikenden praktisch jedes Ergebnis aufgezwungen werden kann. **Einer meint: „Bei den Hafenarbeitern sind es doch auch nur 50 Prozent. So muß das auch bei uns sein." Immer wieder taucht die Forderung auf: „Weg mit der 75%-Klausel".**

Die Kollegen machen sich nichts vor: Der Gewerkschaftsapparat kennt viele Mittel und Wege, um seinen Verrat an den Interessen der Kollegen durchzusetzen. Und er hat dabei die gegen die Metaller gerichtete Meinungsmache in Presse, Funk und Fernsehen auf seiner Seite. Trotzdem ist von Resignation am Montag morgen in Stuttgart nichts zu spüren. Im Gegenteil.

Die Streikfront steht fester denn je. Die Streikposten vor den Toren sind verstärkt. Viele Kollegen, die sonst nicht da waren, sind heute morgen gekommen, um ihrem Streik zu verteidigen, ihm mehr Kraft zu verleihen. Streikbrecher bekommen die Kampfentschlossenheit der Streikenden zu spüren. **An vielen Betrieben geben die Kollegen die richtige Antwort auf diesen Schandabschluß: Sie machen die Tore dicht.** Die Drohung des Stuttgarter Amtsgerichts, das die Bildung einer drei Meter breiten Streikbrechergasse befiehlt, und die Abwiegelungspropaganda der IGM-Bonzen haben an diesem Morgen vielerorts ihre Wirkung verloren. Bereits am frühen Montag morgen muß ein Lastwagen, der auf das Werksgelände von Mahle fahren will, vor der Streikpostenkette vor dem Tor kapitulieren und umkehren. Später kommt ein PKW. Die Streikposten stoppen ihn. Sie kennen den Wagen, er fährt schon seit Tagen hier aus und ein. Er solle seinen Kofferraum aufmachen, wird dem Fahrer gesagt. Als er sich weigert, bekommt er zur Antwort: „Dann kommst du auch nicht rein." Die Streikposten sammeln sich vor dem Tor. Ein Vertreter der Firma kommt. Fordert, daß man den Streikbrecher hereinlasse und droht den Kollegen: „Ihr wer-

Fortsetzung auf Seite 7



Im Streiklokal in Stuttgart am Montag vormittag

Libanon/Palästina

Das palästinensische Volk kämpft gegen die israelischen Besatzer

Unter dem Schutz der UNO-Truppen setzen die israelischen Zionisten ihre Aggression gegen den Libanon fort. Ein Vorstoß ihrer Panzerverbände über den Litani-Fluß hinaus konnte in der letzten Woche von Einheiten der Palästinenser und der libanesischen Patrioten an der Khardali-Brücke gestoppt werden. Immer deutlicher wird, daß die faschistischen Besatzer nicht im Traum daran denken, ihre Mordbanden aus dem Libanon wieder zurückzuziehen.

Wie berichtet wird, haben sie schon damit begonnen, in den von ihnen besetzten libanesischen Gebieten eine Verwaltung aufzubauen. Sogar ein Teil des Telefonnetzes ist dort schon an das israelische angeschlossen worden. Die zionistischen Besatzer bedienen sich zur Absicherung ihrer Herrschaft der reaktionären libanesischen Elemente, die schon lange von ihnen mit Waffen gegen das palästinensische Volk ausgerüstet wurden. Das Haupt dieser Elemente gab letzte Woche die Gründung einer eigenen Armee bekannt. Offenbar wollen die Zionisten mit Hilfe dieser Faschisten einen israelischen Marionettenstaat schaffen und so den Südlibanon für immer ihrem Herrschaftsgebiet einverleiben.

Fortsetzung auf Seite 11

Neuer Abhörskandal in Bonn

Nur die Spitze des Eisbergs

Wieder ein Abhörskandal in Bonn: Im sogenannten Anti-Korruptions-Referat des Kriegsministeriums wurde hinter einer Tapete eine Wanze entdeckt. Wie das Bundeskanzleramt inzwischen zugeben mußte, ist die Anlage vor mehreren Jahren vom Bundesnachrichtendienst (BND) dort installiert worden. Und die Spur führt — wieder einmal — zur Lockheed-Affäre und zum CSU-Boß Strauß. Denn der Beamte, der mit der Wanze bespitzelt wurde, war mit der Untersuchung dieser Affäre betraut.

Dabei ging es um die von Strauß, dem damaligen Kriegsminister, angeordnete Beschaffung des Kampfflugzeuges Starfighter. Fast 200 dieser Maschinen sind bislang abgestürzt. Etliche Piloten fanden dabei den Tod, große Zerstörungen wurden angerichtet. Für Strauß jedoch war die Beschaffung dieses Schrottflugzeugs ein Bombengeschäft. 30 Millionen Mark sollen — nach der Aussage eines Lockheed-Managers — als Bestechungsgeld des Konzerns in seine Taschen geflossen sein.

Die in Bonn eingeleitete Untersuchung des Bestechungsfalls jedoch brachte für den CSU-Chef einen Freispruch. Man hatte schon vorher dafür gesorgt, daß alle belastenden Akten verschwanden. Und um ganz auf Nummer Sicher zu gehen, sind offenbar auch die im Anti-Korruptions-Referat geführten Vernehmungen von Zeugen abgehört worden. Einmal mehr ein deutlicher Beweis dafür, daß in Bonn alles unternommen wird, um solche Skandale wie die Lockheed-Affäre zu vertuschen.

Fortsetzung auf Seite 2

III. Russell-Tribunal

Die Bundesrepublik - ein Unrechtsstaat

29. März. Hunderte von Besuchern und Pressevertretern sammeln sich im Saal des Bürgerhauses Frankfurt-Harheim. An mehreren Tischreihen sitzen die Mitglieder der Jury des III. Internationalen Russell-Tribunals. Das Thema der ersten Woche: die Berufsverbote. Zwölf Betroffene tragen ihre Fälle vor. Sie zeigen exemplarisch auf, wie der sogenannte „Radikalen"-Erlaß zur politischen Unterdrückung und Einschüchterung an Schulen und Hochschulen, bei Rechtsanwälten, Krankenschwestern und Sozialarbeitern eingesetzt wird. Zwölf Fälle von Hunderten in der Bundesrepublik.

Es ist begreiflich, daß das Russell-Tribunal als erstes die Berufsverbote im Öffentlichen Dienst untersucht. Vor allem im Ausland — und die Mehrheit der Jurymitglieder kommt aus den Nachbarländern —, hat diese Unterdrückungsmaßnahme des Bonner Staates große Empörung hervorgerufen. Das deutsche Wort „Berufsverbot" ist als unübersetzbar in mehrere Fremdsprachen aufgenommen worden. Als sprachlicher Ausdruck dafür, daß dieser Staat wieder den Weg der Faschisierung, den Weg zu einem neuen '33 begeht.

Nehmen wir den Fall Hans Roth. Er studiert in Gießen. August 1974 wird er Lehramtsreferendar. Nach der zweiten Staatsprüfung lehnt der Regierungspräsident eine Einstellung in den Schuldienst ab, „da er nicht ein Mindestmaß an positiver Grundhaltung gegenüber dem künftigen Dienstherrn habe". Und warum? Roth hatte 1974 durch ein Gerichtsverfahren die Vernichtung von Verfassungsschutzunterlagen über sich durchzusetzen versucht.

Fortsetzung auf Seite 3

AUS DEM INHALT

Bonner Rationalisierungspläne bei den Beamten!

Nach einem neuen Gesetzentwurf des Bonner Innenministers Maihofer sollen die Beamten die Möglichkeit erhalten, ihren Dienst in Teilzeitarbeit zu versehen. Das hört sich zunächst einmal gut an. Nach amtlichen Angaben sind auch allein in Bayern und Baden-Württemberg 43.000 Beamte an Teilzeitarbeit interessiert. Gleichzeitig soll die Altersgrenze für Beamtinnen von 63 auf 60 Jahre herabgesetzt werden (bei entsprechend verringerter Rente, natürlich!) Angeblich will man mit diesem Gesetz Arbeitsplätze schaffen. Dann müßte man aber die Zahl der Planstellen erhöhen!

Davon ist aber überhaupt nicht die Rede. In Wirklichkeit sollen mit diesen Maßnahmen Rationalisierungen bei den Beamten betrieben werden, die weitere Einsparungen bringen sollen. So will man sich vorwiegend an Universitätsabgänger wenden. Sie sollen, weil sie ohnehin wenig Chancen sehen, Arbeit zu finden, zur „dankbaren" Annahme dieser „günstigen Gelegenheit" bewegt werden. Wenn jetzt aber z. B. ein frisch gebackener Lehrer denkt, er könnte mit zwei Halbtagsjobs an zwei Schulen sein Geld verdienen, dann hat er sich getäuscht. Nach diesem Gesetzentwurf wird ihm bei einer Teilzeitstelle untersagt, in der übrigen Zeit einen Nebenerwerb auszuführen. Ein „Stück praktischer Solidarität", jubelt der DGB zu dieser Maßnahme, der damit seiner Linie folgt, daß die Lasten der Arbeitslosigkeit auf alle Werktätigen gleichmäßig verteilt werden sollen.

Arbeitslose im Inland — Produktion im Ausland!

Noch sind allen die Rationalisierungen in Erinnerung, bei denen vor Jahren Tausende von VW-Arbeitern ihren Arbeitsplatz verloren, da hört man, daß die Volkswagenwerke eine Fabrik zur Produktion des „Golf" am 10. April eröffnen. Aber nicht etwa in Deutschland, nein in Pennsylvania, USA! Während es bei uns 1,2 Millionen Arbeitslose gibt, betreibt VW Kapitalexport und beutet lieber ausländische Arbeiter aus. Das Schicksal der Arbeitslosen schert die VW-Aktionäre einen Dreck. Sie haben ihre guten Gründe: Einmal sind ihnen mit dem Versprechen, amerikanische Arbeitslose zu beschäftigen, günstigere Produktionsbedingungen in Aussicht gestellt worden. Weiterhin sind bekanntlich Löhne und Sozialabgaben in den USA ohnehin niedriger als bei uns. Im übrigen nutzt das westdeutsche Kapital mit diesem Schritt geschickt den Kursverfall des Dollars aus, um in den US-Markt einzudringen.

Dieser Schritt erfolgte natürlich mit Zustimmung der gewerkschaftlichen Vertreter im Aufsichtsrat (an der Spitze IG-Metall-Boss Loderer), diesen Agenten des Kapitals. Das US-Werk ist nur ein Fall von vielen. Schon 1974 beschäftigte VW 61.950 Arbeitskräfte (von insgesamt 200.000) im Ausland! Es unterhält Werke in Brasilien, Südafrika, Australien, Mexiko, Indonesien (Militär-Fahrzeugbau) und, mit geringerer Beteiligung, in Jugoslawien und Nigeria.

Dem Kunden z. B. wird versichert, daß der „Käfer" auch in Zukunft zu haben sein wird — hergestellt im faschistischen Brasilien, wo Diktator Geisel, erst kürzlich in Bonn empfangen, für Hungerlöhne und dementsprechend hohe Extraprofite sorgt.

Bonner Freundschaft mit Prager Revisionisten

Eine rege Reisetätigkeit hat sich in den letzten Wochen zwischen Bonn und Prag entwickelt. Nachdem Ende Februar der Außenminister der Tschechoslowakei, Chnoupek, mit Regierungsvertretern in der Bundesrepublik konferierte, fuhr in der letzten Woche das SPD-Führungsmitglied Kühn nach Prag, wo er mit den Spitzen der Revisionistenclique zusammentraf. Auch der SPD-Chef Brandt, der gerade in Ungarn war, schaltete sich mit einem längeren Interview, das er der Prager Nachrichtenagentur gab, in die Gespräche ein.

All diese Kontakte dienen der Vorbereitung des Besuchs von Husak, dem in Prag residierenden Staats- und Parteichef von Moskauer Gnaden, der in der nächsten Woche in Bonn eintreffen wird. Dieser Besuch ist nicht unproblematisch. Die Herren in Bonn und Prag haben sich ein denkbar ungünstiges Datum dafür ausgesucht. In diesem Jahr nämlich jährt sich zum zehnten Mal der faschistische Überfall der russischen Sozialimperialisten. Es ist zugleich der zehnte Jahrestag des Husak-Regimes. Denn diese Kreatur wurde auf den Bajonetten der Besatzer als Statthalter Moskaus in den Prager Regierungspalast gesetzt.

Die Werktätigen in unserem Land, die sich gerade in diesem Jahr an die blutigen Ereignisse des Augusts 1968 erinnern, werden der Moskauer Marionette nicht die „ausgesprochen freundschaftlichen" Gefühle entgegenbringen, von denen Kühn in Prag geschwärmt hat. Unsere Sympathien sind auf der Seite des unterdrückten Volks der Tschechoslowakei. Die Bonner Herren dagegen verfolgen mit ihren „freundschaftlichen" Kontakten zu den Prager Revisionisten nur ihre gegen dieses Volk gerichteten imperialistischen Interessen: Sie wollen mit Krediten und Wirtschaftsabkommen noch weiter in die Wirtschaft der Tschechoslowakei eindringen und ihre politischen Positionen in diesem Land festigen.

Westberlin
Bürgerkriegsmanöver der Besatzer

Am 22. März führten 250 bis 300 Soldaten der amerikanischen und



Der Häuserkampf wird geübt...

französischen Besatzertruppen im Westberliner Arbeiterviertel Kreuzberg ein großangelegtes Bürgerkriegsmanöver durch. Ihr Übungsobjekt dabei waren mehrere leerstehende Häuser, die sie im Verlauf des Manövers stürmten, indem sie die Türen mit Äxten einschlugen oder die Fassaden hochkletterten. Rund um diese Häuser hatten sie einen sogenannten „Toten Bereich" geschaffen, wo über eine große Fläche Stacheldraht in Knöchelhöhe gespannt war.

Die Westberliner Werktätigen kennen solche Stacheldrahtfelder sehr gut, nämlich von den Grenzanlagen der Honecker-Clique her. Und ihr Zweck ist in der Praxis des DDR-Regimes der gleiche wie im Manöver der westlichen Besatzer: Sie sollen Menschen an der Flucht hindern, sollen sie dem Feuer aus den Waffen der Soldaten ausliefern. Um dieses Manöver, das sich so offensichtlich gegen die Werktätigen richtet, vor der Westberliner Bevölkerung zu verstecken, hatten die Besatzer das ganze Operationsgebiet mit schwerbewaffneten Soldaten abgeriegelt und alle Zufahrtswege gesperrt.

Die Genossen der Partei verteilten ein Flugblatt in Kreuzberg, in dem sie den Charakter des Manövers entlarvten. Wie sie berichten, wurde es mit Interesse angenommen. Während des Manövers, so berichten die Genossen weiter, wurde wieder einmal die Funktion der berüchtigten Kontaktbereichspolizisten (KOBs) deutlich. Sie tauchten plötzlich aus allen Ecken her auf und versuchten die Bevölkerung einzuschüchtern.

Neuer Abhörskandal

Fortsetzung von Seite 1

die Schuldigen reinzuwaschen. Und darin sind sich alle Parteien in Bonn einig.

So auch bei der Behandlung des neuen Abhörskandals. Gemeinsam versuchen jetzt Regierung und CDU/CSU abzuwiegeln: Die Wanze, so hört man jetzt, sei gar keine Wanze, sondern „nur" ein „hochwertiges Mikrofon"; die Anlage sei schon 1968 abgeschaltet worden (obwohl sie in Wahrheit noch dieses Jahr in Betrieb war) usw. usf. Entscheidend bei dieser Art von Abhörskandalen jedoch ist nicht die Frage, ob und wie ein CSU-Minister SPD-Beamte hat abhören lassen oder umgekehrt. Denn die in Bonn bekanntgewordenen Bespitzelungen sind ja nur die Spitze des Eisbergs. Tatsache ist, daß sich Aktionen der Geheimdienste, sei es der BND, der Verfassungsschutz oder der MAD, in allererster Linie gegen die Werktätigen richten.

Denn es ist ja ihre Aufgabe, dazu werden Milliardenbeträge aus Steuergeldern aufgewendet, systematisch die revolutionären Organisationen, Teilnehmer an Massenaktionen usw. zu beschnüffeln. Die DKP allerdings sieht das anders. In einem Kommentar ihrer Zeitung „UZ" zu der neuen Abhöraffäre heißt es, daß „vor allem führende Gewerkschafter, besonders der IG Metall und der ÖTV, sowie eine Reihe von Abgeordneten der SPD... beschnüffelt werden." Wen meinen sie nur damit? Vielleicht den Herrn Rothländer vom geschäftsführenden Vorstand der ÖTV, der letzte Woche sagte: „Jede pauschale Kritik am Verfassungsschutz und seinen Beschäftigten, insbesondere jede Diffamierung, ist politisch verfehlt und menschlich unanständig"? Es ist ja bekannt, daß der ÖTV-Apparat die Organisierung der Schnüffler in der Gewerkschaft betreibt, weil sie angeblich genau solche Werktätigen sind wie etwa die Hafenarbeiter oder die Krankenschwestern.

Auch sonst klappt die Zusammenarbeit zwischen den DGB-Bonzen und den Bonner Schnüffeldiensten vorzüglich, wenn es etwa um den Ausschluß revolutionärer Arbeiter aus den Gewerkschaften geht. Und aus Anlaß des Russel-Tribunals hat der DGB-Vorstand einen Hetzbrief verschickt, der wortwörtlich aus einem Geheimbericht des Verfassungsschutzes abgeschrieben war. (Siehe Artikel auf Seite 3.) Wenn die DKP also mit der absurden Behauptung hausieren geht, ausgerechnet diese Komplizen der Bonner Geheimdienste wären „vor allem" von der Bespitzelung betroffen, so ist das nur eine Variante ihrer reaktionären Rechtskartelltheorie, mit der sie den Werktätigen weismachen will, daß die politische Unterdrückung nicht vom kapitalistischen Staat, sondern von der CDU ausginge.

Kurz berichtet

Hamburg

Die Betriebszelle für Beiersdorf in Hamburg stellte für die Kollegen eine Broschüre zur Betriebsratswahl zusammen, in der sie ausführlich begründete, daß keine der aufgestellten Listen fortschrittlich ist. Sie zeigte auf, daß das Betriebsverfassungsgesetz eine Fessel für den Kampf der Arbeiter ist. Der „Rote Beiersdorfer" rief die Kollegen auf, in diesem Betrieb die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition aufzubauen. Ihre Losung: „Keine Stimme dem Arbeiterverrat! Deshalb Wahlboykott!"

Westberlin

Am 17. März organisierte die IG Druck und Papier in Westberlin eine Demonstration. Es beteiligten sich etwa 4.000 Menschen. Die Demonstration ging von Springer zum Druckhaus Tempelhof. Die Partei verteilte während der Demonstration ein Extrablatt und ein Flugblatt der Branchenzelle Druck. In dem Flugblatt wurde der Verrat der IG-Druck-Bonzen an dem Streik der Drucker angegriffen. Bei der Druckerei Mercator haben sich bereits Gruppen von Kollegen gebildet, die sich auf die nächsten Kämpfe gegen die Rationalisierung vorbereiten.

Dortmund

In Dortmund und in vielen anderen Städten Westdeutschlands verteilten am 3. April zahlreiche Rotgardisten ein Faltblatt an die frisch eingezogenen Rekruten. Obwohl an vielen Bahnhöfen Bahnpolizei und Feldjäger die revolutionäre Agitation zu verhindern suchten, gelang es den Rotgardisten, ihre Flugblätter zu verbreiten und zahlreiche Gespräche mit den Eingezogenen zu führen. In dem Flugblatt wer-



den den Rekruten „wichtige Tips für die ersten Tage" gegeben. Z. B. über das Beschwerderecht, über die Wahl der Vertrauensmänner oder über die Rechte der Soldaten bei Spinddurchsuchungen. Damit wurde den jungen Soldaten der Rücken in ihrem Kampf gegen Drill und Schikane gestärkt. „Hauptregel: Nicht einschüchtern lassen!" heißt es in dem Faltblatt. „Nieder mit der Bundeswehr! Krieg dem imperialistischen Krieg!" An vielen Orten nutzten die Rotgardisten die Gelegenheit, um auch durch Wandparolen und Kleber „die Rote Garde bekanntzumachen" und den Soldaten zu zeigen, daß die Rote Garde sie im Kampf gegen den Militarismus unterstützt. In Dortmund waren zahlreiche dieser Kleber an den Zügen und auf den Bahnsteigen zu sehen.

Offen gesagt... Keine Zensur?

Vor drei Jahren waren in Nordrhein-Westfalen Landtagswahlen. Unsere Partei stellte sich damals auch zur Wahl. Als der Westdeutsche Rundfunk die Wahlsendung der KPD/ML ausstrahlen sollte, da hieß es: Verfassungsfeindliche Äußerungen, die Sendung wird nicht gebracht! Ein deutliches Beispiel dafür, wie „frei" die Wahlen in dieser angeblichen Demokratie sind. Nun — drei Jahre nach dem Sendeverbot — hat sich das Bundesverfassungsgericht zu der Beschwerde der KPD/ML gegen diese Wahlbehinderung geäußert.

Offensichtlich kam das Bundesverfassungsgericht nicht um die Tatsache herum, daß die KPD/ML den Bestimmungen der Parteiengesetze entspricht und somit das Verbot der Wahlsendung die „Chancengleichheit" der Parteien im Wahlkampf verletzt hat. Verfassungsfeindlichkeit, so entschied das Gericht, dürfe kein Grund sein, um eine Wahlsendung zu verbieten. Denn über die Verfassungswidrigkeit einer Partei entscheide das Bundesverfassungsgericht. Ein „tolerantes" Urteil — so scheint es auf den ersten Blick. Und so wurde es auch von der bürgerlichen Presse verkauft.

Auf den zweiten Blick sieht es jedoch anders aus. Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Urteilsbegründung den Rundfunkanstalten und anderen staatlichen Behörden den „Ausweg" gezeigt, mit dem sie die Propaganda unserer Partei unterdrücken können — ohne daß es den Anschein haben muß, daß hier die politische Aktivität einer kommunistischen Partei verfolgt werden soll. Und das ist die strafrechtliche Verfolgung nach § 90 a (Verunglimpfung der Bundesrepublik und ihrer Organe). Diese Strafvorschrift sei „allgemeines" Gesetz und richte sich nicht gegen eine bestimmte Partei. Ebenso wie § 185 (Beleidigung) oder § 88 a (Verherrlichung von Gewalt).

Also ist die angebliche „Freiheit" auch für unsere Propaganda, die das Bundesverfassungsgericht in höchsten Tönen beschwor, nichts als Augenwischerei. Denn gegen wen wird der Paragraph 90 a eingesetzt? Gegen einen Herrn Strauß, der vom „Sauladen Bundesrepublik" sprach? Nein, aber unzählige Male gegen den „Roten Morgen", gegen Flugblätter der Partei, wenn sie die Ausbeutung und Unterdrückung in diesem Staat entlarven. Ende April stehen allein zwei „Roter-Morgen"-Verantwortliche aufgrund dieses Paragraphen vor Gericht. Im ersten Prozeß erhielten sie vier bzw. zwölf Monate Gefängnis! Der Paragraph 90 a ist in der Praxis ein spezielles Gesetz zur Unterdrückung der kommunistischen Agitation und Propaganda.

Entsprechend sprach das Gericht den Rundfunkanstalten die „Befugnis" zu, vor einer Sendung zu überprüfen, ob die Wahlwerbung gegen bestimmte Strafgesetze verstoße. Eine Zensur sei das nicht, beschied das Gericht eilfertig. Die sei nur gegeben, wenn vor (!) dem Herstellen eines Textes eine behördliche Genehmigung notwendig sei. So einfach ist das. Und so wies das Bundesgericht das Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen an, seine bisherige Entscheidung aufzuheben und neu zu überprüfen, ob die Sendung der KPD/ML nicht gegen die Strafgesetze verstoßen hat. Eine nachträgliche Begründung für das Verbot der Wahlsendung 1975 wird sich also noch finden! Im Rahmen der „allgemeinen" Gesetze selbstverständlich! Und natürlich kann man da nicht von Zensur sprechen!

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00—463. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231 / 433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o. a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

—GEGEN REAKTION UND FASCHISMUS!—

III. Russell-Tribunal
Die Bundesrepublik - ein Unrechtsstaat

Fortsetzung von Seite 1

Oder Fall Nummer sechs vor dem Russell-Tribunal: Der Lehrer Hans Wedel unterrichtet Deutsch und Sport an einem Frankfurter Gymnasium. Als er in das Beamtenverhältnis übernommen werden soll, weigert sich das Regierungspräsidium, es lägen „Erkenntnisse" gegen ihn vor. So habe Wedel im September 76 seinen Wagen in der Nähe des Volkshauses in Ludwigshafen geparkt, in dem zur gleichen Zeit eine Veranstaltung der KPD/ML stattfand. Außerdem sei er am 5. 2. 77 bei der „Bundestagung" (gemeint ist wahrscheinlich die Großveranstaltung zum 3. Parteitag) „in Erscheinung getreten"... Hans Wedel erklärte, es sei sein demokratisches Recht, an öffentlichen Veranstaltungen teilzunehmen, im übrigen sei er kein Mitglied der KPD/ML. Hans Wedel ist immer noch kein Beamter.

Ähnliches geschieht in Krankenhäusern, in Sozialämtern und auch bei Rechtsanwälten. So wurde Michael Empell bis heute nicht in den juristischen Vorbereitungsdienst übernommen. Dies ist der zweite



Schüler organisierten den Kampf gegen das Berufsverbot ihrer Lehrerin, Frau Oehler, 1976 in Hamburg.

praktische Teil der juristischen Ausbildung, notwendig auch für den Beruf des Rechtsanwaltes. Die Begründung für die Ablehnung: Empell sei „aktiver Feind der Verfassung". Unter anderem habe er in einem Offenen Brief die Haftbedingungen von Gudrun Ensslin und Ulrike Meinhof als Folter bezeichnet.

Diese Fälle, die dem Russell-Tribunal vorgetragen wurden, machen deutlich, daß dieser Staat die Berufsverbote einsetzt, um alle fortschrittlichen Kräfte zu unterdrücken, um ein Klima der Einschüchterung und Disziplinierung im Öffentlichen Dienst durchzusetzen.

Auch in der Weimarer Republik war die Säuberung des Beamtenapparats von fortschrittlichen Kräften, die reaktionäre Ausrichtung der Verwaltung ein wesentlicher Schritt der Faschisierung des Staates. Darum begrüßte es unsere Partei in ihrem „Offenen Brief", daß das Tribunal den Berufsverboten besondere Aufmerksamkeit schenkt und damit der Weltöffentlichkeit bekannt macht. Allerdings ist der Beschluß, so steht es bereits im Offenen Brief, „die politische Unterdrückung in Betrieb und Gewerkschaft nicht vom Russell-Tribunal untersuchen zu lassen, ein schwerer Fehler. Vor allem die fortschrittlichen Arbeiter werden für diesen Beschluß kein Verständnis aufbringen."

Politische Entlassungen an der Tagesordnung

Tagtäglich werden Arbeiter wegen ihrer politischen Gesinnung aus den Betrieben geworfen, um ihren Beruf gebracht, in ihrer ökonomischen Existenz bedroht. Der Entlassungsterror während der laufenden Betriebsratswahlen ist ein deutliches Beispiel dafür, daß die Kapitalisten mit Hilfe des Betriebsverfassungsgesetzes (und oft genug auch im Widerspruch zu einzelnen Paragraphen) die Organisierung des Kampfes der Arbeiter für ihre Interessen abwürgen und unterdrücken wollen.

So wurde der Listenführer Gerd S. der RGO-Liste bei der Westerwald AG am 10. März beim Unterschriftensammeln durch Polizei vom Werksgelände geholt. Obwohl das Sammeln sogar nach dem arbeiterfeindlichen BVG sein Recht ist. Er erhielt Werksverbot bis zum 15. März. Das war die Schlußfrist für die Vorschlagslisten. Bei den Arbeitsgerichten ist angeblich niemand zuständig. Der Wahlvorstand lehnt eine Neueröffnung des Wahlverfahrens wegen der Wahlbehinderung als nicht „objektiv begründet" ab. Gerd erhält für die Unterschriftensammlung einen „Verweis" von der Betriebsleitung. Der erste Schritt für die geplante Entlassung!

Ein anderes Beispiel: In der Kemptener Maschinenfabrik kandidieren zur Betriebsratswahl drei Kollegen auf einer RGO-Liste. Am Donnerstag vor Ostern bekommt der Listenführer Otto die fristlose Kündigung mit sofortigem Hausverbot. Weil die Kollegen bereitstehen, wagt die Betriebsleitung nicht, die Polizei zu holen. Der Listenführer hat eine einstweilige Verfügung gegen die Entlassung beantragt.

Ebenso versuchen die Kapitalisten bei Hoesch durch Entlassungsterror das Aufstellen der RGO-Liste zu verhindern. Der Listenführer der RGO auf Phoenix, Peter Schnittfeld, wurde vorläufig auf Antrag des reaktionären IGM-Betriebsrates von den Kapitalisten entlassen.

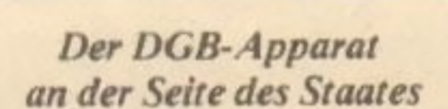
Kein Trick ist den Kapitalisten schmutzig genug, um die Betriebe von fortschrittlichen Kollegen zu säubern. Und immer wieder hat der DGB-Apparat seine Finger im Spiel. Ja, diese Arbeiterverräter bieten oft genug mit ihren Gewerkschaftsausschlüssen die Grundlage für die politischen Entlassungen. Vor dieser politischen Unterdrückung in den Betrieben die Augen zu verschließen, heißt die „politische Realität" dieses Landes zu beschönigen.

Bonn fürchtet die Öffentlichkeit

Das III. Russel-Tribunal ist keine revolutionäre Veranstaltung, die zum Kampf gegen die politische Unterdrückung in der BRD aufruft. Das ist bei der Zusammensetzung der Jury auch nicht anders zu erwarten. Der Versuch, SPD- und DGB-Gewerkschaften, die bei der Faschisierung der Bundesrepublik, unter anderem bei den Berufsverboten, tatkräftig mitgewirkt haben, auszuklammern und sogar zur Mitwirkung einzuladen, kann nicht unsere Zustimmung finden. Es ist auch bekannt, daß die KPD/ML die Berufsverbote nicht etwa deshalb ablehnt, weil sie gegen das kapitalistische Grundgesetz und die bürgerlichen Menschenrechte verstoßen, sondern weil sie Unterdrückungsmaßnahmen der Bourgeoisie gegen die Werktätigen sind. Wir unterstützen es allerdings, daß durch diese Veranstaltung verschiedene Faschisierungsmaßnahmen an die Öffentlichkeit getragen werden. Und eben dies fürchtet der Bonner Staat.

Ein Verfassungsschutzpapier, das im Januar an die Öffentlichkeit kam, enthüllt die Sorgen der westdeutschen Bourgeoisie. Dort heißt es unter dem Punkt „Bewertung des Russell-Tribunals": „Die Erfahrungen mit ähnlichen Kampagnen im In- und Ausland lassen erkennen, daß mit dem Tribunal die rechtsstaatliche demokratische Ordnung verleumdet werden wird... Es ist nicht auszuschließen, daß auch längst bekannte, häufig widerlegte, aber dennoch immer wieder erhobene Vorwürfe gegen unsere demokratische rechtsstaatliche Ordnung durch ein Verdikt bekannter Persönlichkeiten in den Augen vieler erneut Gewicht erhalten."

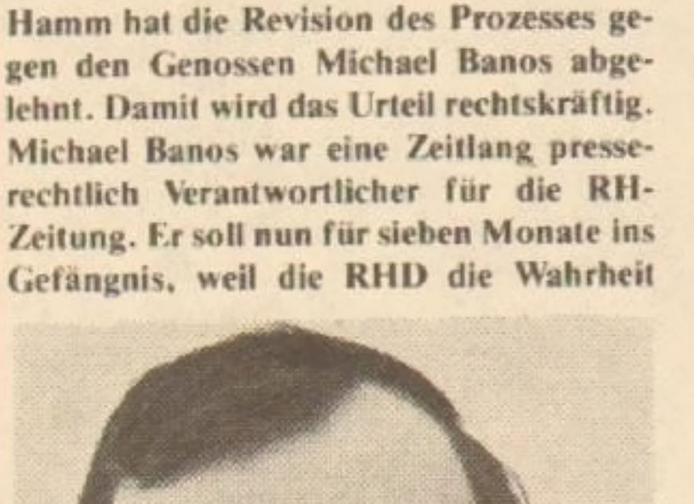
Dieses Verfassungsschutzpapier wirft ein bezeichnendes Licht auf die angeblich „demokratische rechtsstaatliche Ordnung". Als Maßnahmen gegen das Russell-Tribunal wurden vorgeschlagen: Verbot der Versammlungen, Verbot der Unterstützungskomitees nach dem Vereinsgesetz, Einreiseverbot für die ausländischen Mitglieder der Jury, Entzug des Grundrechts auf Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit und Vereinigungsfreiheit für Personen, die das Tribunal unterstützen. Dieser Katalog von faschistischen Unterdrückungsmaßnahmen zeigt in der Tat sehr viel über die „politische Wirklichkeit" der Bundesrepublik. Und es ist wahrscheinlich nur der Tatsache zu verdanken, daß dieses Papier an die Öffentlichkeit kam, wenn die Regierung nicht zum Verbot des Tribunals schritt, sondern die anderen vom Verfassungsschutz vorgeschlagenen „Taktiken" gegen das Tribunal einsetzt.



Der DGB-Apparat an der Seite des Staates

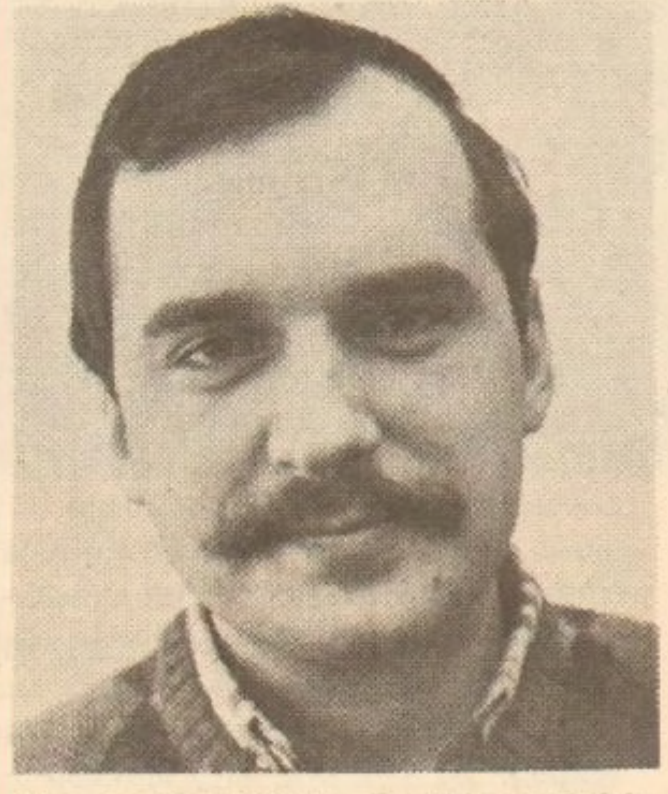
Da wurde die Regierung zum Beispiel aufgefordert, an Persönlichkeiten, Parteien, Spitzenverbände einzuwirken, damit sie sich nicht an dem Tribunal beteiligen. Diese „Gleichschaltung" ist erfolgt. Nicht nur die Bonner Parteien einschließlich der DKP verboten ihren Mitgliedern, das Tribunal zu unterstützen, auch der DGB verriet mit einem Rundbrief an alle Gewerkschaftsmitglieder, daß er zu den „staatstragenden Kräften" gehört und jede Kritik an der Faschisierung zu unterdrücken versucht. In dem Rundbrief wurde allen Gewerkschaftsmitgliedern verboten, am Tribunal mitzuwirken. Besonders entlarvend an diesem diktatorischen Schreiben war es, daß Vetter in dem Brief ganze Passagen wörtlich aus dem Verfassungsschutzbericht übernahm. Ein bezeichnendes Dokument für den Charakter dieser Staatsgewerkschaften!

Als weitere Gegenmaßnahme schlug der Verfassungsschutz vor, eine „intensive Aufklärungs- und Informationskampagne" zu starten. Sie „könnte getragen und koordiniert werden vom Bundespresseamt, den für Verfassungsschutz durch Aufklärung bei Bund und Ländern Zuständigen, der von Bund und Ländern gebildeten Gruppen für Öffentlichkeitsarbeit gegen Terrorismus usw. usw.". Offensichtlich hat dieser Staat schon einen Propagandaapparat aufgebaut, der in der Art des faschistischen Reichspropagandaministeriums zentrale Propagandakampagnen steuert. Diese staatliche Hetze und diese Verfolgungsmaßnahmen zeigen, daß der Bonner Staat fürchtet, daß bereits die Veröffentlichung der Unterdrückungsmaßnahmen dem Bild von der „demokratischen rechtsstaatlichen Ordnung" schadet. Und da hat er recht: Die vor dem Russell-Tribunal dargelegten Fälle werden sicher zahlreichen Menschen die Augen öffnen: daß dieser Staat auf ein neues 33 zusteuert.



RHD-Verantwortlicher muß ins Gefängnis

Dortmund. Das Oberlandesgericht in Hamm hat die Revision des Prozesses gegen den Genossen Michael Banos abgelehnt. Damit wird das Urteil rechtskräftig. Michael Banos war eine Zeitlang presserechtlich Verantwortlicher für die RH-Zeitung. Er soll nun für sieben Monate ins Gefängnis, weil die RHD die Wahrheit



über den Tod Günter Routhiers schrieb, weil sie mutig den Polizeiterror und die Isolationshaft in den westdeutschen Gefängnissen entlarvte. Diese Gefängnisstrafe zeigt, daß dieser Staat jede wirkliche Meinungs- und Pressefreiheit unterdrückt. Solidarität mit Michael Banos! Freiheit für alle politischen Gefangenen!

Polizeiuniversität Frankfurt

Frankfurt. Das hessische Innenministerium hat in Zusammenarbeit mit der Universitätsverwaltung und dem Bundesnachrichtendienst beschlossen, bis zum 1. Juni in einem bisher leerstehenden Hochhaus in Westend 431 Polizisten auf der Polizeischule Mülheim (Main) einzulagern. Die Polizisten werden dort stationiert, um möglichst schnell in der Universität zuschlagen zu können. So heißt es in der Presse: „Planspiele hätten ergeben, daß von dem Hochhaus drei Hundertschaften Bereitschaftspolizei in sechs Minuten an der Uni sein könnten." Die Polizisten sollen durch Lehrgänge mit der Problematik „verblendeter junger Menschen" bekannt gemacht werden. Bezeichnenderweise wird in der Dienstanweisung für diese Universitätspolizisten den Beamten das „Du" mit linksorientierten Studenten verboten. Diese ständige Polizeitruppe an der Universität Frankfurt ist der bisher dreisteste Versuch, den Kampf der Studenten zu unterdrücken. Weg mit der Polizei! Kampf der Polizeiuniversität!

Handel mit persönlichen Daten

Hannover. Angeblich soll das neue Datenschutzgesetz der Bundesregierung verhindern, daß persönliche Daten der Bundesbürger in falsche Hände geraten. Das Gegenteil ist der Fall: Die staatlichen Behörden treiben einen schwungvollen Handel mit ihren Informationen. So verkauft das Kraftfahrtbundesamt die Adressen der zugelassenen Autos regelmäßig an Autohändler. Die Standesämter liefern die Anschriften von jungen Ehepaaren an Babyartikelfirmen. Und in Niedersachsen wurde bekannt, daß die Schulbehörden die Daten von 100.000 Schülern an ein privates Versicherungsunternehmen geliefert haben. Bei zahlreichen Eltern erschienen darauf Versicherungsvertreter, um für die Kinder Versicherungsverträge anzubieten. Diese Beispiele zeigen, daß das sogenannte Datenschutzgesetz nichts als ein Schleier ist, um den Ausbau der Datenbanken zu einem großen Informations- und Spitzelsystem voranzutreiben.

Verfassungsschutz kontrolliert Bibliotheken

Frankfurt. Mitte letzten Jahres wurde bereits bekannt, daß in der „Amerika-Gedenk"-Bibliothek in Westberlin die Entleiher „linksradikaler" Bücher mit Namen, Buchtitel, Ausleihe- und Rückgabedatum auf Mikrofilm aufgenommen werden. Zwei weitere Fälle von Bespitzelung wurden jetzt auf einer Bibliothekarstagung enthüllt. So geriet eine junge Zahnärztin in die Kartei des Verfassungsschutzes. Die Spitzel gingen in die Bibliothek und ließen sich den Computerausdruck mit den entliehenen Buchtiteln der jungen Frau geben. Bei einem Jugendlichen fand die Kripo im Bücherschrank Willi Bredels Roman „Rosenhofstraße". Sie ging in die Stadtbücherei und ließ sich eine Liste aller ausgeliehenen Bücher des Jungen machen. Unter anderem wurde auch erwähnt, daß der Verfassungsschutz sich die Namen aller Ausleiher bestimmter „Risiko"-Bücher notiert. Wie weit diese Praxis bereits üblich ist, zeigt die Empfehlung des Verbandes Deutscher Bibliotheken aus dem Jahre 1976, sogenannte „Risikobücher" erst gar nicht mehr auszuleihen, da „sie der Bibliothek Ärger mit den Staatsschutzorganen und dem Benutzer den Verdacht einbringen, nicht so fest auf dem Boden des Grundgesetzes zu stehen". Diese Kontrolle und Bespitzelung der Leser ist ein bedrückendes Beispiel für die Faschisierung dieses Staates, für die Unterdrückung der Meinungsfreiheit. Kampf allen Zensurmaßnahmen! Kampf der Bespitzelung von Lesern!

Hungerstreik gegen Haftbedingungen

Seit dem 17. März sind 15 politische Gefangene in Hamburg, Düsseldorf, Stuttgart und Lübeck in den Hungerstreik getreten, um gegen ihre unmenschlichen Haftbedingungen zu protestieren. Die politischen Gefangenen sitzen entweder in Einzelhaft oder isoliert in Kleingruppen. Besuche von Freunden und Rechtsanwälten sind eingeschränkt. Durch die Trennscheibe wird jeglicher körperlicher Kontakt verhindert. Die politischen Gefangenen fordern Zusammenlegung zu Gruppen, damit sie nicht in den Gefängnissen seelisch und körperlich vernichtet werden. Freiheit für alle politischen Gefangenen!

Berufsverbot für Rechtsanwalt Newerla

Karlsruhe. Auf Antrag des Generalbundesanwalts ist dem inhaftierten Rechtsanwalt Armin Newerla ein vorläufiges Berufsverbot auferlegt worden. Diese Anordnung stützt sich auf einen Paragraphen, der ein solches Verbot ermöglicht, „wenn dringende Gründe für die Annahme vorhanden sind, daß ein Berufsverbot bei einer Verurteilung angeordnet wird". Die Staatsbehörden gehen also schon vor einem Prozeß von der Verurteilung aus. Kampf der Kriminalisierung fortschrittlicher Rechtsanwälte!

Freispruch für streikende Arbeiter erkämpft

Nürnberg. Im Mai 1975 streikten bei Dynamit/Nobel in Fürth türkische Kollegen gegen zahlreiche Entlassungen. Die Polizei ging mit brutaler Gewalt gegen die Streikenden vor. 26 türkische Kollegen wurden sofort in die Türkei abgeschoben. Gegen zwei wurde ein Prozeß eröffnet wegen „schweren Landfriedensbruchs in Tateinheit mit Körperverletzung". Das Gericht verurteilte den türkischen Arbeiter Ulus zu zwölf Monaten Gefängnis, einen türkischen Studenten zu neun Monaten. Da sie einen großen Teil der Strafe bereits in Untersuchungshaft gesessen hatten (Ulus zehn Monate), wurden sie auf freien Fuß gelassen. In der Berufungsverhandlung mußte das Landgericht nun die ersten Urteile aufheben. Kampf der Kriminalisierung von streikenden Kollegen! Für die volle Durchsetzung des Streikrechts!

Buback-Prozeß in Göttingen

Göttingen. Die Staatsanwaltschaft hat für zwei der angeklagten Redakteure des AStA-Zeitung neun Monate Gefängnis mit Bewährung gefordert. Sie hätten mit dem Abdruck des Artikels „Buback — ein Nachruf" den Staat „verunglimpft" und „das Volk verhetzt". Fast 150 Strafverfahren sind allein wegen des Nachdrucks dieses Artikels eingeleitet. Der Prozeß in Göttingen hat exemplarischen Charakter. Bis zu vier Hundertschaften Polizei umlagerten ständig das Gerichtsgebäude. Völlig widerrechtlich fotografierte die Polizei Besucher des Prozesses. All dies zeigt, daß der Staat mit diesem Prozeß die freie Meinungsäußerung brutal unterdrücken will. Freispruch für die Angeklagten im Göttinger Buback-Prozeß! Für Meinungs- und Pressefreiheit!

„Staatsangehörigkeit Westberlin" — nicht eingestellt

Westberlin. Als der 30jährige Diplompsychologe Manfred R. sich um die Stelle eines wissenschaftlichen Assistenten an der Freien Universität bewarb, schrieb er in den Personalbogen: Staatsangehörigkeit „Westberlin". Die Freie Universität lehnte ihn ab. Das Landesarbeitsgericht unterstützte die Universität mit der Begründung, es „gehe nicht an, jemanden in den Öffentlichen Dienst zu übernehmen, der die Drei-Staaten-Theorie vertrete". Offensichtlich verlangen die Westberliner Behörden von ihren Angestellten bereits ein Bekenntnis zum westdeutschen Revanchismus. Weg mit den Berufsverboten!





Donnerstag letzter Wo
tung Stadtzentrum. Ziel d
Stuttgarter Metaller stattf
alle nebeneinander an der
bach mit ihrem Demonstr
gen.

Bestimmt 100 Transpa
wieder donnern Sprechch
macht!" Oder: „Und wenn
ausgezeichnet. Ohne Zwei
reit, noch lange durchzuh

Die Kapitalisten haben
zwei Wochen haben sie ü
Davon sind 150.000 Kolleg
glaubte man die streikend

Aber die Herren haben
Und spricht man an den W
lange durch! Bis unsere R

"Wir müssen kämpfen ! —

„Das Messer in den Rücken"

Acht Prozent mehr Lohn und Gehalt, Absicherung gegen Abgruppierung, Wegfall der unteren Lohngruppen, 50 DM mehr für die Auszubildenden. Für die Durchsetzung dieser Forderungen kämpfen die Kollegen, sind sie bereit, Opfer zu bringen.

„Besonders der Abgruppierungsschutz ist uns wichtig", betonen die Streikposten im Gespräch vor den Fabriktoren. „Da darf es keine Kompromisse geben." So mancher hat es schon am eigenen Leib erfahren, wie die Unternehmer durch Versetzung an einen anderen Arbeitsplatz brutalen Lohnraub betreiben. Bei Neueinstellung stufen die Kapitalisten in vielen Betrieben grundsätzlich niedriger ein. In den kommenden Jahren wird das noch schlimmer werden. Nicht nur mit den Abgruppierungen, sondern mit dem Rationalisierungsterror überhaupt. Ein Kollege dazu: „Darin liegt doch die Zukunft der Unternehmer. Das wollen sie sich um keinen Preis nehmen lassen. Deswegen dürfen wir jetzt einfach nicht nachgeben. Wir müssen denen unsere Kraft zeigen. Wir müssen kämpfen. Wo kommen wir sonst hin."

Aber die Steinkühler, Loderer, Gottschlich und Co. denken nicht im Traum daran, wirklich die Interessen der Metaller zu vertreten. Sie wollen den Streik so schnell wie möglich abwürgen. **22 Tage haben sie inzwischen mit Dürr verhandelt. Über diese Verhandlungen hören die Arbeiter in den Betrieben nur nichtssagende dumme Sprüche von Steinkühler und Dürr im Fernsehen.** Was eigentlich selbstverständlich wäre - daß die IGM-Führung die Mitglieder über den Verhandlungsverlauf unterrichtet — nichts davon. Keine Zeile darüber in den IGM-Flugblättern. Kein Wort auf den Kundgebungen. Und Streikversammlungen organisiert der Gewerkschaftsapparat erst gar nicht. Da schwätzt dieses Bonzenpack ständig von Demokratie, aber sie wollen sich auf keinen Fall von der Basis auf die Finger sehen lassen. Stattdessen: scheinradikale Reden auf den Kundgebungen, um den Kollegen Sand in die Augen zu streuen und das nur allzu berechtigte Mißtrauen einzuschläfern.

Bei SKF wollen die Streikposten dieses Spiel nicht mehr mitmachen. Ihnen passierte kürzlich folgendes: Einer der Bosse fährt vor, steigt aus dem Wagen: „Sind Sie informiert über den gegenwärtigen Verhandlungsstand?", fragt er höhnisch die Arbeiter. Die Kollegen schweigen. „Dann kann ich Sie ja mal ein wenig informieren." Er liest einige Stellen aus dem Verhandlungsprotokoll vor, das er in der Hand hält. Die Kollegen sind unheimlich sauer und empört. Da stehen sie seit Wochen hier, Tag für Tag, im Dreck und Lärm, um ihren Streik zu stärken. Und dann können sie sich wie die Schulbuben von diesem Fatzke verhöhnen lassen. **Sie stellen die Forderung an die Streikleitung: Jeden Tag muß eine Streikpostenversammlung stattfinden, auf der unter anderem über den neuesten Stand der Verhandlungen konkret informiert wird.** Die Bonzen aber treten diese völlig berechtigte Forderung mit Füßen.

Am Mittwoch letzter Woche melden die Nachrichten: In Hannover hat die IGM einem Schlichtungsspruch von 5,3 Prozent zugestimmt. Von Abgruppierungsschutz keine Rede. Die Kapitalistenseite lehnt sogar diese jämmerlichen 5,3 Prozent ab. Sie wollen die totale Kapitulation der Metaller. **Ein Streikposten von Mahle kommentiert: „Das heißt doch, daß die Bonzen in Hannover uns streikenden Metallern das Messer in den Rücken stechen."**

Ein ähnlicher Abschluß für Nordbaden/Nordwürttemberg? „Das wäre Verrat! Das lassen wir uns nicht gefallen", sagen viele Kollegen. „Schließlich gibt es ja eine Urabstimmung." Andererseits: Die Bonzen haben sich ja abgesichert mit der 75-Prozent-Klausel. „Hol's der Teufel. Ich werf denen das Mitgliedsbuch vor die Füße, wenn so ein Abschluß rauskommt." Andere meinen: „Das richtige wäre ein wilder Streik. Davor haben sie einen fürchterlichen Schiß."

Kleinkrieg gegen die Bonzen

Die Metaller nehmen die Streikbruchtaktik des IGM-Apparats keineswegs kampflos hin. Ein erbitterter Kleinkrieg hat sich entwickelt, in den vor allem die Streikposten verwickelt sind. Sie wehren sich gegen die Durchsetzung des empörenden Gerichtsbeschlusses, nach dem eine drei Meter breite Gasse für Streikbrecher zu bilden sei (bei Zuwiderhandlung ist eine Strafe von 10.000 DM angedroht). Sie widersetzen sich den Bestrebungen der Bonzen, die Zahl der Streikposten zu vermindern. Sie fordern, daß zu Kundgebungen und Kampfdemonstrationen vor den Fabriken mobilisiert wird. Sie fordern die Organisierung von Streikversammlungen und vieles andere mehr.

Und dabei scheuen die Kollegen auch persönliche Risiken nicht. Die Kapitalisten lassen an den Werkstoren filmen und fotografieren, um die Kollegen einzuschüchtern. Wer kann denn wissen, ob er nicht gemaßregelt wird, zumindest aber entsprechend schikaniert nach dem Ende des Streiks? Und dann ist ja die unerhörte Drohung der Gerichtsbüttel: 10.000 DM Geldstrafe. Für einen Arbeiter eine riesige Summe. Wer garantiert dir, daß dich nicht gewisse IGM-Bonzen bei den Bossen denunzieren, um einen unbequemen Gewerkschafter auszuschalten? Trotzdem — die Streikposten kämpfen mutig für die Verteidigung und Stärkung der Streikfront. Und da, wo Genossen der KPD/ML und Kollegen der RGO (Revolutionäre Gewerkschaftsopposition) im Streik stehen, gehören sie zu den aktivsten und entschlossensten in diesem schwierigen Zweifrontenkampf gegen die Kapitalisten und den Gewerkschaftsapparat.

„Schluß mit der Streikbruchtaktik — Vollstreik"

So heißt die Überschrift eines RGO-Flugblattes, das im ganzen Tarifbezirk verteilt wird. Dieses Flugblatt hilft, die Front gegen den Unternehmerterror und die Abwiegelungsmanöver des IGM-Apparats zu stärken. Die Partei hat die Herstellung und die Verteilung unterstützt. So auch auf der DGB-Kundgebung am Donnerstag auf dem Stuttgarter Schillerplatz.

Dabei ereignet sich folgendes: Ein Genosse der Partei verteilt das Flugblatt an eine Gruppe von Kollegen von Bosch Leinfelden. Die Kollegen lesen sofort. Dann wenden einige Kollegen sich wieder an den Genossen: „Gib mal einen Packen her." Die Arbeiter verteilen es nun selbst unter den Kollegen. Sie sagen: „Das ist genau richtig, was da drin steht." Sie sind schwer sauer auf die Bonzen: „Die IGM hat nichts getan, um uns zu unterstützen. Ein Teil der Angestellten bei uns sind Streikbrecher. Als wir den Laden dichtmachen wollten, hat der Betriebsratsvorsitzende für die Streikbrecher eine Gasse gebahnt." Hier bei Bosch Leinfelden ließ die Werksleitung auch am Tor fotografieren. Aber die kämpferischen Bosch-Kollegen haben den Spitzel gezwungen, die Filme herauszugeben. Stolz berichten sie, daß sie heute mittag das Tor dichtgemacht und die Streikbrecher im Werk eingesperrt haben, damit sie nicht zum Mittagessen gehen konnten.



Die Stimmung bei der Demonstration der Metaller am letzten Donnerstag ist kämpferisch

Am nächsten Tag fahren zur Mittagszeit einige Kollegen und Genossen nach Leinfelden hinaus, um die Bosch-Kollegen am Tor zu besuchen. Immerhin stehen hier noch an die 30 Streikposten, obwohl der IGM-Apparat das gar nicht will. Ein Streikposten von Mahle berichtet den Bosch-Arbeitern über die Streiklage an seinem Betrieb: „Ihr seid ja noch relativ viele hier am Tor", meint er. — „Viele?", entgegnet ein Kollege, „wenig sind wir heute. Wir müssen jetzt was unternehmen, damit wir wieder mehr werden. In den ersten Tagen waren wir viele. Da standen hier so 300 Kollegen. Wir haben am Anfang richtig dichtgemacht. Aber die IGM war dagegen. Zum Beispiel der Betriebsratsvorsitzende hat selbst den Streikbrechern die Gasse gebahnt. Da wurden viele Kollegen mit der Zeit sauer. Sie fragen: Zu was stehen wir denn hier, wenn das so läuft."

Genossen verteilen nun das RGO-Flugblatt an die Streikposten. Fast jeder nimmt es. Die meisten lesen sofort. Ein ausländischer Kollege holt einen Genossen zu seinen Kameraden hin. Die Kollegen zeigen auf einen Artikel, der die Lügen der Bonzen entlarvt, es sei kein Geld für einen Vollstreik da. In dem Artikel wird vorgerechnet, daß der IGM-Apparat seit 1971 mindestens zwei Milliarden an Mitgliedsbeiträgen kassiert hat: „Wo sind die zwei Milliarden geblieben?" fragen erregt die Kollegen. — „Der DGB ist selbst einer der größten Kapitalisten", erwidert der Genosse. „Stimmt", kommt die Antwort und dann die Frage: „Was ist das — RGO?" — „Die RGO ist gegen die Bonzen und für einen konsequenten Streik, für Vollstreik." **Die Kollegen stimmen zu: "Alle müssen streiken. Die Tore müssen dichtgemacht werden. Keiner darf reinkommen. In ganz Deutschland muß Streik sein."**

SKF: Kollegen nehmen den Kampf in die eigenen Hände

SKF ist einer der Betriebe, wo die Zahl der Streikposten relativ groß ist. 80-100 Kollegen stehen hier meistens. Kämpferische Vertrauensleute haben dies erreicht. Sie haben die Organisierung der Streikposten nicht den Bonzen überlassen, sondern selbst in die Hand genommen. Wie reagierten die Bonzen? Zum einen drängten sie ständig auf die Verringerung der Zahl der Streikposten. Zum andern haben sie die Zwei-Schichten-Regelung gestrichen. Es wird jetzt nicht mehr gegen Mittag von der zweiten Schicht abgelöst, sondern die Streikposten müssen von der Frühe bis zum Nachmittag stehen. Die schamlose Begründung: Die Zwei-Schichten-Regelung verschlinge zuviel Geld. (Die Streikposten erhalten einen Zuschuß für Essen und Fahrtkosten.) Dabei donnern vor dem Tor an der Pragstraße unablässig schwere Lastzüge vorbei. Der Lärm und die staub- und abgasgeschwängerte Luft sind unerträglich.

Trotzdem stehen die Kollegen bis drei Uhr nachmittags. Inzwischen stellten sie aber fest, daß nach 15 Uhr

(1) Streikposten bei SKF.

(2) Reporterschicksal. Weil sie genug hatten von Firmen- und Pressefotografen, wollten die Streikposten unseren Korrespondenten zuerst nicht fotografieren lassen. Es wurde ein Kompromiß geschlossen: Erst fotografierten sie ihn — nicht ohne ihm vorher einen Streikpostenhelm aufgesetzt zu haben. Dann durfte er sie fotografieren.

(3) „Gegen Aussperrung — Vollstreik", ein Transparent für die Demonstration und Kundgebung am Nachmittag wird von Streikposten gemalt.

(4) Abmarschbereit stehen die Kollegen von Mahle, SKF, Fortuna und anderen Betrieben am Löwentor.

(5) Mehrere Kilometer lang ist der Demonstrationszug zum Kundgebungsort in der Stuttgarter Innenstadt.

1

2





3

...och Stuttgart: 2.000 Metaller marschieren aus dem Stadtteil Cannstadt in Rich... ...demonstrationszuges ist der Schillerplatz, auf dem die zentrale Kundgebung der ...fin. Es sind Arbeiter der vier Metallbetriebe SKF, Fortuna, Mahle und Eckardt, die ...r Straße in Cannstadt liegen. Außerdem sind die Kollegen von Bosch aus Feuer... ...rationszug dazugestoßen, um sich mit den Kollegen von der Pragstraße zu vereini...

...are werden mitgeführt. Die meisten rot. Auch rote Fahnen sind zu sehen. Immer ...hö„Nicht fünf, nicht sechs, nicht sieben — acht! Sonst wird der Laden dichtge... ...n: Dürr der Kittel brennt, wir kämpfen weiter für acht Prozent!" Die Stimmung ist ...eil auch jetzt in der dritten Streikwoche sind die Metaller kampfentschlossen. Be... ...aha.

...en abwieglerische Schwerpunkttaktik des IGM-Apparats brutal ausgenutzt. Seit ... alle Metallbetriebe mit über 2.000 Beschäftigten die Aussperrung verhängt. ...getroffen gegenüber 90.000, die inzwischen in den Streik einbezogen sind. So ...nd Arbeiter und Angestellten in die Knie zwingen zu können.

...n verrechnet. Dieser Streik ist jetzt bereits der längste und härteste seit Jahren. ... Werkstoren mit den Streikposten, dann hört man immer wieder: „Wir halten noch ... Forderungen durchgesetzt sind."



„Wo kommen wir sonst hin?"

munter LKWs aus- und einfahren. So beschlossen sie jetzt auf eigene Faust die Zwei-Schichten-Regelung wieder einzuführen. Das ist zu Beginn der dritten Streikwoche.

Am Ende der dritten Streikwoche, am Freitag, holen die Mahle-Kapitalisten die Polizei. Ein Streikposten berichtet, daß die Kollegen einen vom Werk kommenden Lastwagen blokkierten: „Wir machten das Tor dicht." Zunächst wurden die Streikposten dabei von der Geschäftsleitung fotografiert. Dann holten die Mahle-Bosse die Polizei. sie kam mit mehreren Streifenwagen. Die Kollegen stellten sich vor das Tor. Auf die Aufforderung der Polizei, den Weg frei zu machen, erwiderten die Streikposten: „Nein, das machen wir nicht." Daraufhin drohten die Polizisten, jeden Streikposten einzeln vorzunehmen, seine Personalien festzustellen und Anzeige gegen ihn zu erstatten! Angesichts dieser Drohung gaben die Kollegen zähneknirschend nach.

Die Kollegen von SKF waren es auch, die zusammen mit den Kollegen von Mahle die Streikleitung aufgefordert haben, für den Dienstag nach Ostern eine Kundgebung und Demonstration vor den Metallbetrieben an der Pragstraße zu organisieren. Gnann, der zuständige Bonze von der Ortsverwaltung war gerissen genug, nicht nein zu sagen. Er versprach, die Aktion einzuleiten. Aber nur, um sie zu sobotieren. Als die Kollegen Lunte rochen, war es zu spät. Kundgebung und Demonstration fanden nicht statt.

Auch die zentrale Demonstration und Kundgebung vom Donnerstag kam nur auf Druck von unten zustande. Daß nicht mehr als 5-6.000 daran teilnahmen, geht ebenfalls auf das Konto von Gnann und Co.. Sie sorgten dafür, daß die Sache kaum propagiert wurde. Die Registrierung der Streikenden am Dienstag hätte ausgenutzt werden können, um die Kollegen massiv für die Aktion zu mobilisieren. Aber nichts geschah. Sicher, es schadet einerseits dem Prestige der IGM-Führung, wenn auf einer Kundgebung, auf der Loderer und Steinkühler höchstpersönlich sich die Ehre geben, relativ wenig kommen. Daß sie trotzdem die Mobilisierung verhinderten, zeigt ihre panische Angst vor der Kampfkraft der Massen.

Die Kollegen von SKF und Mahle waren es auch, die dafür sorgten, daß an der Pragstraße im Gegensatz zum Plan der Streikleitung von den Betrieben aus abmarschiert und zum Kundgebungsplatz im Stadtzentrum eine Demonstration gemacht wurde. Dieser Demonstrationszug, zu dem noch die Kollegen von Bosch-Feuerbach stießen, stellte mit 2.000 Teilnehmern mindestens ein Drittel der gesamten Kundgebung auf dem Schillerplatz. Die Stimmung während der 6-7 km langen Demonstration war militant und kämpferisch. Die Streikposten von SKF hatten selbst Transparente hergestellt. Und zwar am Vormittag vor dem Werkstor. Auf eines hatten sie geschrieben: „Gegen Aussperrung — Vollstreik". Den Bonzen war diese Losung ein Dorn im Auge. Richtete sie sich doch klar gegen ihre Streikbruchtaktik. Aber sie wagten es nicht, das Transparent zu verbieten. Auch nicht das Transparent, das Kollegen von Mahle trugen: „Aussperrung ist Sauerei — Vollstreik führt den Sieg herbei". Kollegen anderer Betriebe begrüßten ausdrücklich diese beiden Parolen und boten sich als Ablösung beim Tragen an.



Die Flugblätter der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) finden großes Interesse.

Die Partei an der Seite der Metaller

Die Ortsgruppe Stuttgart unserer Partei ist noch relativ klein, aber alle Kräfte werden angespannt, um den Kampf der Metaller zu unterstützen. Unermüdlich sind die Genossen im Einsatz. Helfen bei der Verteilung des Flugblatts der RGO, gehen vor die Tore, um mit den Kollegen zu sprechen, setzen sich in anderen Betrieben außerhalb der Metallbranche dafür ein, daß Solidaritätsadressen verabschiedet werden, die den Streikposten übergeben werden und vieles andere mehr. Im Parteibüro in der Haußmannstraße herrscht in diesen Wochen Hochbetrieb. Abends treffen sich viele Kollegen hier. Streikposten berichten von ihrem Kampf an den Werkstoren. Flugblattverteiler tauschen Erfahrungen aus. Neue Aktivitäten und Einsätze werden vorbereitet.

Besonders die Metallergenossen finden kaum Zeit, sich auch nur mal zum Essen hinzusetzen. Sie stehen jeden Tag ihren Mann als Streikposten. Und sie nutzen darüber hinaus jede Minute aus, um auch vor andere Betriebe zu gehen oder in die Streiklokale. Es gilt, Informationen und Erfahrungen auszutauschen, über Möglichkeiten der Stärkung der Streikfront, des Widerstands gegen die Sabotage der Bonzen zu diskutieren, die Kollegen zusammenzuschließen. Sie treten unbeirrbar dafür ein, daß Streikbrechern konsequent entgegengetreten wird. Daß entgegen den Befehlen und Abwiegeleien der Bonzen der Gerichtsbeschluß — eine drei Meter breite Gasse für die Streikbrecher zu machen — durchbrochen wird. Sie kämpfen mit den Kollegen gegen die Desorganisation des Streiks durch den IGM-Apparat, für eine stärkere Mobilisierung der Streikenden. Sie knüpfen neue Kontakte, werben Kollegen für die RGO, klären über die Streikbruchpolitik des IGM-Apparats auf, helfen mit, Versammlungen der RGO zu organisieren.

Im Kampf entsteht die RGO

Die RGO gab es in Stuttgart vor den Streiks der Druckereiarbeiter und der Metaller noch nicht. Jetzt ist sie im Kampf entstanden. Das ist ein wichtiges Ergebnis dieses Streiks, ob er nun mit einem Sieg oder einer Niederlage endet. Ein Streikhelfer der IG Metall aus einem Großbetrieb, der zu einer RGO-Versammlung gekommen war, sagte am Ende der Versammlung: „In diesem Kampf habe ich begriffen, daß wir die RGO brauchen. Jetzt weiß ich, was meine Aufgabe ist. Nicht nur, solange der Streik läuft, sondern auch hinterher, wenn wir wieder an den Maschinen stehen."

Aber noch ist die Streikfront unerschüttert. Die Metallarbeiter wollen weiterstreiken. Auch in der dritten Streikwoche sind es Tausende von Kollegen, die an den Werkstoren aktiv kämpfen. So stehen bei Daimler in Untertürkheim an den Toren auch jetzt noch immer 50 bis 60 Kollegen. Zwar werden die Streikbrecher nicht mehr ausgesperrt, dafür sorgt der IGM-Apparat, aber sie müssen durch eine lange Gasse, die keineswegs drei Meter breit ist, Spießruten laufen. An diesem Riesenbetrieb macht der IGM-Apparat Riesenpropaganda, um das Kampfbewußtsein der Kollegen zu zerstören. Lautsprecherwagen sind da. Die Bonzen labern ständig über Lautsprecher auf die Arbeiter ein: „Der Streik wurde uns von den Arbeitgebern aufgezwungen." Auch jetzt passiert es ständig, daß Streikbrecher handgreiflich gegen Streikposten werden. Dann jammert es durch den Lautsprecher: „Muß diese Eskalation denn sein? Das kann doch der baldigen Beilegung des Arbeitskampfes nicht dienen." (!)

Geht es noch unverschämter? Gewaltsam wird gegen die Streikenden vorgegangen, die im Kampf für ihre gerechten Forderungen stehen. Und was ist die einzige Sorge dieser Arbeiterverräter? Daß es mit der „baldigen Beilegung des Arbeitskampfes", sprich: mit dem von ihnen angesteuerten Verrat, nicht klappen könnte. Sie fürchten tatsächlich den entschlossenen Kampf der Arbeiter bald noch mehr als die Kapitalisten selber.

Dieser entschlossene Kampf aber ist die einzig richtige Antwort auf alle Angriffe der Kapitalisten: Auf ihren Aussperrungsterror, ihre Versuche, die Streikposten einzuschüchtern, die Hetzpropaganda, die sie über Presse und Fernsehen gegen den Streik betreiben lassen. Und auf ihre immer brutaleren Rationalisierungsfeldzüge in den Betrieben. Wer sich duckt, unterliegt. Denn die Interessen der Arbeiter können nur im unversöhnlichen Klassenkampf verteidigt werden. In einem Kampf, der kompromißlos gegen die Kapitalisten geführt wird, so wie es die RGO auf ihre Fahnen geschrieben hat. Aber dieser Verrat des IGM-Apparats gräbt sich in Tausenden von Arbeiterköpfen ein.Er wird dafür noch die Zeche zu bezahlen haben. Stärken wir den Aufbau der RGO!

Was die Frau eines Streikpostens meint

Bei seinem Aufenthalt in Stuttgart sprach der Genosse des „Roten Morgen" mit vielen Streikposten und fragte sie, wie ihre Frauen zum Streik stehen. Ihre Antwort: Sie stehen voll dahinter. Mit einer dieser Frauen, deren Mann bei Bosch Streikposten steht, sprach unser Genosse selbst.

Frage: Was meinst du, werden die Forderungen durchgesetzt?

Antwort: Ich befürchte, daß wir die acht Prozent nicht erreichen werden. Und ich meine, das Wichtigste muß die Absicherung gegen Abgruppierungen und der Wegfall der unteren Lohngruppen sein. Denn ich habe es am eigenen Leib erfahren. Ich bin selbst in meiner Firma abgruppiert worden. Ich weiß, was das bedeutet.

Frage: Was hältst du vom DGB-Apparat?

Antwort: Der DGB ist selbst ein kapitalistisches Unternehmen und von solchen Schweinen kann man nicht erwarten, daß sie für uns kämpfen.

Frage: Was ist deine Meinung über den Streik?

Antwort: Ich stimme diesem Streik zu. Aber alle Betriebe müssen bestreikt werden. Im übrigen bin ich für den totalen Streik, ich meine für den Vollstreik in ganz Deutschland.

Frage: Dein Mann streikt, und der Streik ist jetzt in die dritte Woche gegangen. Da ist die Haushaltskasse sicher nicht so voll wie sonst.

Antwort: Mein Mann steht im Kampf, um nicht zu sagen im Krieg, mit den Kapitalisten. Ich stehe an seiner Seite. Er bekommt Streikgeld und wir haben dann einiges weniger. Aber mit einigen Einschränkungen werden wir über die Runden kommen.







AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen

Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26

Wie kamen Klöcker und Co. wieder auf die Liste?

Die Wahlliste für die Betriebsratswahl, die in zwei Wochen stattfindet, ist inzwischen aufgestellt worden. Und siehe da: Sie sind alle wieder drauf. Ob Klöcker, Sombetzki oder Rutetzki. Alle die, die in den letzten Jahren bei Entlassungen, bei Kurzarbeit und Rationalisierungsmaßnahmen gegen uns ihre Zustimmung gegeben haben.



„Was wollt ihr denn", sagen sie, „es ist doch alles ganz demokratisch zugegangen." Wirklich, eine feine Demokratie! — Eine Demokratie, die dafür sorgt, daß immer wieder die gleiche „Mafia" in ihre Sessel kommt.

Tatsache ist, daß die Belegschaft bei der Aufstellung der Kandidaten praktisch kaum einen Einfluß gehabt hat. Offiziell wurde die Liste vom Vertrauensleutekörper aufgestellt. Doch erstens ist der VK nicht die Belegschaft und zweitens ist das auch nur die halbe Wahrheit. Bevor nämlich die Vertrauensleute die Liste verabschiedeten, war schon so allerhand gelaufen...

Gesiebt wird vorher

Zuvor hatte sich schon die SPD-Betriebsgruppe getroffen und ihre Kandidaten festgelegt. Natürlich wurden dabei Bonzen wie Klöcker, die den Parteiapparat im Rücken haben, nominiert. Eine Reihe Kollegen aber, die sich in der Betriebsgruppe ebenfalls aufstellen lassen wollten, wurden abgelehnt: Sie haben sich wohl offensichtlich noch nicht als Bonzen bewährt. Zugleich aber wurden diese Kollegen verpflichtet, sich auf der Vertrauensleutesitzung nicht als Kandidaten aufzustellen. Es ist klar: Je weniger an SPD-Kandidaten, desto sicherer bekommen die altgedienten Bonzen ihre Stimmen wieder zusammen. So wird schon vorher gesiebt, bevor dem VK die Kandidaten vorgeschlagen werden. Bei Göllner und seiner CDU läuft das nicht anders. Und damit nicht genug, gibt es dann sogar noch ein Abkommen zwischen SPD und CDU, wer wieviele Kandidaten für die Liste stellt.

Personaldebatte? — Um Himmels Willen!

Und auf der Vertrauensleutesitzung selbst? Da wurde zum Beispiel der Antrag gestellt, eine Personaldebatte zu führen, das heißt über die einzelnen Kandidaten zu diskutieren. Eigentlich ist das ja das natürlichste von der Welt, vor der Aufstellung von Kandidaten darüber zu diskutieren, ob sie etwas taugen oder nicht, ob sie bisher gute oder aber schlechte Arbeit gemacht haben, ob sie die Kollegen betrogen haben oder für ihre Interessen eingetreten sind. Aber nicht einmal eine Personaldebatte ließen Klöcker und Co. zu. Sie wiesen den Antrag zurück und drängten darauf, daß er abgelehnt wurde. Was hätten sie auch in einer solchen Personaldebatte vorbringen sollen? Daß sie bisher ganz nach Krupps Wünschen Entlassungen, Kurzarbeit usw. zugestimmt haben und auch in Zukunft dabei bleiben wollen?

Das ist ihre Demokratie! So sorgen sie dafür, daß sie von Mal zu Mal immer wieder auf der Liste stehen.

Hand in Hand mit dem Kapital

Wehe, jemand tritt dagegen ernsthaft und konsequent auf. Bei Hoesch in Dortmund, wo es bereits eine Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO) gibt, stellten Kollegen eine RGO-Liste auf. Hier zeigte sich in aller Deutlichkeit, was die Demokratie des reaktionären IGM-Apparates und seiner Betriebsräte tatsächlich bedeutet. Voller Entsetzen darüber, daß klassenkämpferische Kollegen der RGO in den Betriebsrat gewählt werden könnten und es dann mit der Ruhe im Betriebsrat vorbei sein würde, gingen die IGM-Bonzen zur offenen Zusammenarbeit mit den Hoesch-Kapitalisten über. Unter einem völlig durchsichtigen Vorwand wurde ein Listenführer der RGO im Werk Phoenix von den Hoesch-Kapitalisten fristlos entlassen. Der IGM-Apparat übernahm es währenddessen, im Betrieb eine Hetzkampagne zu starten und versuchte, Kollegen unter Druck zu setzen, die durch ihre Unterschrift die RGO-Liste unterstützten. Zugleich spannte er die Presse ein, um auch dort gegen die RGO-Liste zu hetzen. Das ist ihre demokratische Betriebsratswahl!

Ihre Demokratie bei der Betriebsratswahl ist nichts anderes als ein enges Netz, das garantieren soll, daß keine klassenkämpferischen und revolutionären Kollegen in den Betriebsrat gelangen können, sondern garantiert wird, daß die Bonzen des IGM-Apparats ihre Posten erhalten, um den Kapitalisten auch künftig bei ihren Maßnahmen gegen uns den Weg zu ebnen. Es ist eine Demokratie, hinter der die Diktatur der Ausbeuter steckt.

Keine Stimme für die reaktionäre Klöcker-Clique!

Und wir sollen ihnen unsere Stimme geben, damit sie sich bei all dem noch als unsere „gewählten Interessenvertreter" aufspielen können? Für diese Typen, für Klöcker, Sombetzki, Turetzki und Co. keine Stimme!

(Aus „Hammerschlag", Betriebszeitung der KPD/ML für Krupp/Bochum.)

Werkschutzleiter als Erpresser

Ende Februar erschien am schwarzen Brett bei Buderus in Wetzlar ein Aushang, wo mitgeteilt wurde, daß der Werkschutzleiter in den vorzeitigen Ruhestand versetzt worden sei. Der Hintergrund: Dieser saubere Herr Walter Weber, auch „SS-Weber" oder „der Pistolenheld" von Kollegen betitelt, hatte versucht, den Vorsitzenden der Aktionärsversammlung — einen gewissen Herrn Kolbe — telefonisch zu erpressen. Man war ihm auf die Schliche gekommen. Was nun, wenn so was ein normaler Arbeiter oder kleiner Angestellter versucht? Der fliegt ohne daß viel Federlesen gemacht wird und geht obendrein noch in den Bau. Nicht so der Oberwerkschützer! Wochenlang wurde mit ihm heimlich verhandelt — es liegt auf der Hand, daß die Erpreßten selbst genug zu verbergen haben. So wird diesem miesen kleinen Halunken auch noch vorzeitig seine fette Pension gezahlt. Was uns da angeht? Das Geld müssen wir Arbeiter und kleinen Angestellten bei Buderus doch rausschaffen — oder bezahlen die Direktoren Pensionen aus ihren Nebenverdiensten?

Umschüler in Frankfurt
Nach zwei Monaten immer noch kein Geld bekommen

Anfang Februar begannen an der Gewerbeförderungsanstalt in Frankfurt die Umschulungslehrgänge für Dreher/Maschinenschlosser/Mechaniker und Werkzeugmacher. Ende März hatte ein Gutteil der Kollegen immer noch kein Geld vom Arbeitsamt bekommen!

Ein krasser Fall: Ein 24jähriger Kollege, dessen Frau kurz vor Beginn des Lehrgangs einen Sohn bekam. Dieser Kollege bekam bis kurz vor Ostern kein Geld. Seine Frau hat bis dahin noch keinen Pfennig des ihr zustehenden Mutterschaftsgeldes von der Krankenkasse gesehen. So lebte die ganze Familie zwei Monate lang von dem geliehenen Geld des Schwiegervaters, der selber arbeitslos ist. Dieser Kollege war mindestens achtmal beim Arbeitsamt und wurde jedesmal von neuem vertröstet. Das ist aber nicht die Ausnahme. Praktisch jeder der 90 Umschüler kann das gleiche vom Arbeitsamt erzählen.

Oder nehmen wir die Auszahlung des Fahrgeldes. Acht Kollegen kommen aus demselben Ort. Der erste erhält 50 DM, der zweite 62 DM, eine Kollegin 68 DM, ein anderer 73 DM und eine Kollegin, die an der gleichen Bahnstrecke wohnt, nur näher an Frankfurt, erhält 78 DM.

Dagegen und gegen andere Mißstände, wie etwa die Tatsache, daß die Umschüler während der Dauer des Lehrgangs nicht über das Arbeitsamt sozialversichert sind, protestierten die Kollegen in einer Beschwerde und stellten sechs Forderungen an das Arbeitsamt auf.

Am 8. März beschlossen dann 15 Umschüler, gemeinsam am Arbeitsamt Frankfurt Druck zu machen. Das erste, was die Gruppe dort zu hören bekam: „Also seien Sie hier gefälligst ruhig!" — Die Leistungsstelle gab dann die Auskunft: „Wir ziehen gerade um, Ihre Akten sind alle in Kisten verpackt." — Die Beschwerdestelle „zog ebenfalls gerade um". — Der zuständige Beamte, Herr Neumann, war „irgendwo im Haus". Darauf beschloß die Gruppe: „Dann eben zum Chef von Herrn Neumann." Dort standen die Umschüler dann wieder vor verschlossener Tür. Darauf beschlossen sie: „Jetzt zum Direktor des Arbeitsamtes." Zu ihm selber stießen sie dann allerdings nicht vor. Wohl aber zu seiner Sekretärin. Das Verlangen der Umschüler: „Wir wollten zum Direktor des Arbeitsamtes", beantwortete diese hochnäsig und mit Verachtung im unnachahmlich abschätzigen Blick: „Sie meinen doch wohl, Sie ‚möchten zum Herrn Direktor, nicht, Sie wollen'!" Leider verstand sie es dann, die Gruppe an einen untergeordneten Beamten abzuwimmeln.

Dort angekommen, stellten die Umschüler fest, daß ihre Gruppe mittlerweile hausbekannt war und telephonisch „begleitet" wurde. Denn die Sekretärin empfing sie schon: „Ach, da sind Sie ja. Also, Herr Neumann ist hier gerade bei einer Besprechung." Wie aus der Pistole geschossen sagte ein älterer Kollege darauf: „Was? Hier ist der? Wieviele Ausgänge hat denn das Zimmer?"

Schließlich trugen die Umschüler ihre Beschwerde Punkt für Punkt einer Sachbearbeiterin vor. Diese heuchelte volles Verständnis. Ja, sie sah sogar strafend hie und da den schließlich hinzugekommenen Herrn Neumann an. Aber als die Kollegen dann ultimativ ihre Forderung nach Auszahlung des Geldes stellten, da wollten sich alle beide nicht festlegen.

Ergebnis der Aktion: Das Arbeitsamt Frankfurt hat zu spüren bekommen, daß sich die Kollegen nicht stillschweigend und widerstandslos dieser skandalösen Behandlung beugen. Und was die Umschüler angeht, so sind heute die Stimmen, die am Anfang meinten, man müsse doch dem Arbeitsamt dankbar sein, vollständig verstummt. Stattdessen meinen nach dem Besuch beim Arbeitsamt Frankfurt eine ganze Reihe, daß man den Druck noch mehr verstärken muß, um die Forderungen durchzusetzen...

Tarifrunde im Bergbau
Schon die Forderung ist eine Provokation

Die IG Bergbau und Energie hat jetzt die Forderungen für die 190.000 Beschäftigten in den Steinkohlerevieren Ruhr, Saar, Aachen und Ibbenbüren auf den Tisch gelegt: vom 1. Mai ab 6,5 Prozent mehr Lohn und 40-Stunden-Arbeitszeit in Kraftwerken und Kokereien.

Diese Forderung ist nicht nur die niedrigste von allen Industriezweigen, sie ist außerdem glatte 0,1 Prozent höher als der letzte Abschluß! Was als Endergebnis rauskommen soll, kann man sich denken: soviel, wie die Ruhrkohle AG im Januar bei der Kohlepreiserhöhung bereits angekündigte. Sie schätzte eine Lohnerhöhung von höchstens fünf Prozent für Mai 78 ein.

IGBE-Vorsitzender Schmidt nannte die Forderung „ausgewogen". Sie solle „gewährleisten, daß der Bergbau auch in Zukunft leistungs- und lebensfähig bleibe". Dieser Heuchler! Jahrelang haben die Kumpel Lohnraubabschlüsse über sich ergehen lassen müssen, haben ihre Tonnenleistung steigern müssen — und hat dies ihre Arbeitsplätze gesichert? Im Gegenteil: Im letzten Jahr kündete die Ruhrkohle AG an, daß bis Ende 1978 fünf ihrer 19 Kokereien geschlossen werden. 1.600 Arbeitsplätze werden vernichtet. Am 31. März wurde die Zeche „Friedrich der Große" dicht gemacht. 800 Kumpel wurden in den „Ruhestand" abgeschoben, 2.300 auf andere Schachtanlagen verteilt. In den letzten zwei Jahren wurden weit über 10.000 Menschen aus dem Bergbau „wegrationalisiert".

Mitverantwortlich für die Stillegungen ist als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Ruhrkohle AG der gleiche Schmidt, der als Gewerkschaftsvorsitzender den Lohnraubabschluß durchboxen will. In diesem Jahr sollen die Kumpel allein zwölf „Feier"schichten machen, zwei mehr als im letzten Jahr. Das sind pro Schicht zwischen 20 und 40 Mark weniger in der Tasche. Ab Januar dieses Jahres ist der Hausbrand steuerpflichtig. Das sind 100 bis 130 Mark, die der Staat den Kumpels aus der Tasche zieht. Und dann die allgemeinen Preissteigerungen, die Steuererhöhungen! Eine unverschämtere Provokation gegen die Gewerkschaftsmitglieder hat sich bisher keiner der Gewerkschaftsbonzen geleistet. All dies zeigt: Nur im Kampf gegen die RAG-Bosse und gegen die IGBE-Bonzen können sich die Kumpels eine echte Lohnerhöhung erkämpfen!

Chemie - Tarifrunde '78
Kurs auf Lohnraubabschluß

Gerade erst hatten die Bonzen des IG-Chemie-Apparats mit ihrer Empfehlung von sieben Prozent mehr Lohn für die innerbetriebliche Diskussion in verschiedenen Tarifbezirken ihre „Lohnleitlinie" gesetzt. Da hört man, daß sich IG-Chemie-Vorstand und die Chemie-Kapitalisten dieses Jahr darauf geeinigt haben, die Tarifverhandlungen auf Bundesebene und nicht, wie sonst, regional zu führen. Die erste Sitzung fand am 30. 3. statt. Wie? Sollten die Bonzen plötzlich die Zersplitterung der Chemie-Arbeiter satt haben und für einen einheitlichen Lohnkampf eintreten? Natürlich nicht! Nichts hassen diese Verräter mehr als die Einheit der Chemie-Arbeiter.

Ihr Manöver hat den Zweck, die jetzt schon monatelangen bundeseinheitlichen Verhandlungen über einen Manteltarifvertrag mit den Tarifverhandlungen zu verknüpfen, nach dem Motto: Einen Tag Urlaub mehr und dafür ein Prozent Lohn weniger.

Genauso machten sie es übrigens 1975, wo der damalige Lohnraubabschluß von 6,8 Prozent mit dem Abschluß eines sogenannten „Arbeitsschutzabkommens" an den Mann gebracht wurde. Daß sie auf einen Lohnraubabschluß hinaus sind, sieht man schon an ihrem Gerede von „Vorrang für Arbeitsplätze" und „Lohnverzicht". Wie weit ihnen das gelingt, wird sich zeigen. Die Chemie-Arbeiter und -Angestellten sind kampfbereit.

ÖTV-Tarifbewegung
Unverschämtes 3,7% - Angebot

Am 5. 4. findet die dritte Verhandlung der Tarifbewegung im Öffentlichen Dienst zwischen dem Staat als Unternehmer und der Gewerkschaft ÖTV statt. Nachdem die ÖTV die in den Betrieben verbreitete Forderung nach 200 DM Festgeld vom Tisch gewischt und die Forderung von 7,5 Prozent und eine verbesserte Urlaubsregelung aufgestellt hatte, gaben Kluncker und Konsorten gleich darauf ihre Kompromißbereitschaft zu erkennen. Eine unglaubliche Frechheit konnten sich daraufhin die „Arbeitgeber", der Staat, leisten. Während sich der Staat bei den anderen Tarifrunden immer als der neutrale Mittler zwischen den Provokationsforderungen der Kapitalisten und den Angeboten der Gewerkschaftsapparate aufspielte und auch sogenannte Lohnleitlinien von 5,5 Prozent aufstellte, verhielt er sich hier genauso wie die Kapitalisten anderer Branchen und machte ein „Angebot" von 3,7 Prozent.

Das beweist einmal mehr, daß der Staat ein Instrument der Monopolbourgeoisie ist und auch im Gewand eines „Vermittlers" ein erbitterter Feind der Werktätigen ist. Die ÖTV-Bonzen sind trotzdem bereit, auf der Grundlage dieses skandalösen „Angebots" weiterzuverhandeln. Wie viele Gewerkschaftsversammlungen gezeigt haben, werden es die ÖTV-Bonzen aber nicht leicht haben, gegen den Willen ihrer Mitglieder von der 7,5%-Forderung herunterzugehen.

Hamburg

Liste der Kollegengruppe bei HDW steht

Dienstag, 14. 3. 78. Zwei Kandidaten der Liste der Kollegengruppe bei HDW in Hamburg gehen nach Feierabend ins HDW-Wohnheim, um Unterschriften zu sammeln. Dort erfahren sie: Am Tag zuvor waren zwei IGM-Funktionäre im Heim. Sie forderten den Hausmeister auf, auf einer Liste alle Kollegen des Heims unterschreiben zu lassen. Es handele sich um eine Anwesenheitsliste! Erst auf Nachfragen erfuhr der Hausmeister, daß es sich um eine Unterschriftenliste der IGM zur Betriebsratswahl handelte. Daraufhin lehnte er ab, die Liste unterschreiben zu lassen.

Dieser Fall ist typisch für die hinterhältigen, teils sogar offen illegalen Methoden, mit denen der IGM-Apparat bei HDW in Hamburg zu verhindern suchte, daß die Liste der Kollegengruppe die notwendigen 100 gültigen Unterschriften zusammenbekam. Was veranlaßt die IGM-Bonzen, zu solchen Methoden zu greifen? Einzig und allein die erklärte Absicht der Betriebsratskandidaten der Liste Kollegengruppe, als Betriebsräte konsequent für die Interessen der Kollegen einzutreten: Gegen die im Herbst geplanten Massenentlassungen, gegen die Verlagerung des Schiffsbaus aus Hamburg, gegen die Schließung des Werks Reiherstieg, gegen verschiedene Rationalisierungsmaßnahmen, für vollen Lohnausgleich bei Kurzarbeit, für echte Lohnerhöhungen, für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!

Um zu verhindern, daß die notwendigen Unterschriften für diese Liste zusammenkamen, wurde den Kollegen mit Gewerkschaftsausschluß und Entlassung gedroht, die Kandidaten in ihrem Recht, Unterschriften zu sammeln, behindert. Als trotz alledem am 21. 3. fristgemäß die mit 118 Unterschriften versehene Liste eingereicht wurde, griff man zu offen illegalen Mitteln: Etwa 20 Kollegen, die vorher bei der IGM-Liste unterschrieben hatten, zogen ihre Unterschrift dort mit einer schriftlichen Erklärung gegenüber dem Wahlvorstand zurück und unterschrieben auf der Kollegengruppenliste. Der Wahlvorstand hätte also nach dem Gesetz keine weitere Aufgabe gehabt, als dies zur Kenntnis zu nehmen. Doch was geschah? Der Wahlvorstand, der an sich neutral sein muß, dem aber sowieso schon vier der bisherigen IGM-Betriebsräte angehörten, ernannte zusätzlich noch drei weitere Spitzenkandidaten der IGM-Liste zu „Wahlhelfern" bei der „Prüfung" der Unterschriften! Und diese „Prüfung der Unterschriften" sah dann so aus, daß sowohl die angeblichen Doppelunterzeichner als auch Kollegen, die nur bei der Kollegengruppe unterschrieben hatten, stundenlang bearbeitet und massiv unter Druck gesetzt wurden!

Doch mit all diesem Terror erreichte die IGM-Betriebsratsmafia ihr Ziel nicht. Für die Unterschriften, die der Wahlvorstand für ungültig erklärt hatte, sammelten die Kandidaten der Kollegengruppe in kürzester Zeit neue. Und inzwischen ist klar: Die Liste der Kollegengruppe bei HDW steht am 18. 4. 78 als Alternative zur IGM-Liste zur Wahl.

Kurzarbeit für 250.000 Metaller angekündigt

Neue Welle des Aussperrungsterrors

In Stuttgart setzte IGM-Bezirksleiter Steinkühler seine Unterschrift unter einen Tarifvertrag, der einen unerhörten Lohnraub besiegelt und dem weiteren Aussperrungsterror der Metallkapitalisten freie Fahrt gibt. (Siehe Artikel Seite 1) Gleichzeitig erklärte der Unternehmerverband Gesamtmetall: In dieser Woche sollen im ganzen Bundesgebiet eine viertel Million Werktätige — vor allem Arbeiter der Automobilindustrie — brutal aus den Betrieben ausgesperrt werden.

Gewiß, die Herren von Daimler, Ford und Co. nennen es nicht Aussperrung, sie haben einen anderen Namen dafür: teilweise oder vollständige Betriebsstillegung in Folge des Streiks. Aber das ist nichts als eine plumpe und dreiste Lüge. Wer soll ihnen denn abnehmen, daß sie von dem Streik in Baden-Württemberg überrascht wurden, daß sie nicht rechtzeitig ein Materiallager mit Produkten aus den bestreikten Betrieben anlegen konnten? Diese sogenannte Kurzarbeit ist nach dem brutalen direkten Aussperrungsterror gegen 140.000 Metaller in Baden-Württemberg ein neuer Versuch, die Metallarbeiter in die Knie zu zwingen, ihnen ihre Macht zu demonstrieren.



Gewerkschaftskundgebung am 30. 3. in Dortmund.

Es ist ja kein Wunder, daß das Zentrum dieser neuen — als Kurzarbeit getarnten — Aussperrungswelle gerade der Tarifbezirk NRW ist, ein Bezirk, in dem sich 86 Prozent der Metaller schon vor Wochen in einer Urabstimmung für einen Streik ausgesprochen haben. Schon in der letzten Woche waren es hier 12.000 Kollegen, die von den Kapitalisten nach Hause geschickt wurden. Und inzwischen hat auch Ford-Köln Kurzarbeit angemeldet, ebenso Opel-Bochum. In Köln wurde eine einstweilige Verfügung des Betriebsrats von Ford gegen diese Kurzarbeit vom Arbeitsgericht abgeschmettert: Ab Montag abend — so wurde entschieden — kann ein ganzer Teil des Werks stillgelegt werden.

Das muß man sich einmal vorstellen: In diesem Betrieb haben 96 Prozent der Kollegen bei der Urabstimmung den Streik gefordert. Die IGM-Bonzen aber haben diese Forderung völlig in den Wind geschrieben. Über Wochen haben sie sich einfach totgestellt, Wochen, in denen die Metaller im Raum Stuttgart alleine im Kampf standen. Und jetzt sollen diese Kollegen bei Ford durch die sogenannte Kurzarbeit auf kaltem Wege ausgesperrt werden. So sind es wieder die IGM-Bonzen, die solchen unverschämten Angriffen der Kapitalisten den Weg bahnen, die auch den Aussperrungsterror, der im Mäntelchen der streikbedingten Kurzarbeit daherkommt, erst ermöglichen. Aber die Bonzen haben die Metaller in NRW nicht etwa vergessen. Da sagte z. B. der IGM-Boß Loderer, nachdem er einige Worte der geheuchelten Solidarität mit den Streikenden in Stuttgart verloren hatte, „...so wenig vergesse ich den großen Beitrag der anderen, die stillhalten müssen und nichts tun dürfen, was der Organisation zusätzliche Schwierigkeiten bereitet.".

Wie könnte man deutlicher zum Ausdruck bringen, welche Rolle die Millionen der nicht am Streik beteiligten Metaller nach den Plänen des IGM-Apparats spielen sollen? Stillhalten sollen sie, untätig sollen sie sich aussperren, sich in die sogenannte Kurzarbeit schicken lassen — und wenn es eine Viertel Million ist. Die große Kampfbereitschaft der Metaller, ihr Drängen auf eine Ausweitung des Streiks, auf den Vollstreik — für den IGM-Apparat sind das nur „zusätzliche Schwierigkeiten."

Der gemeine Verrat der Bonzen an den Interessen der Metaller zeigte sich jetzt auch auf einem anderen Feld. So verteidigte das IGM-Vorstandsmitglied Janzen ausdrücklich die Tatsache, daß die Kollegen in den Tarifbezirken Südbaden und Südwürttemberg/Hohenzollern, die durch die sogenannte Kurzarbeit ausgesperrt sind, keinen Pfennig Unterstützung vom Arbeitsamt bekommen. Und auch das Gesetz, daß eine solche Ungeheuerlichkeit für rechtens erklärt, der berüchtigte § 116 des Arbeitsförderungsgesetzes, nach dem in solchen Fällen wegen der Pflicht zur „Neutralität im Arbeitskampf" das Arbeitsamt nicht zahlen darf, findet die ausdrückliche Billigung des Herrn Janzen. Er selbst sitzt auch im Verwaltungsrat der Bundesanstalt für Arbeit, die dieses Knebelgesetz anwendet. So ist das also: Die Bonzen liefern die Kollegen nicht nur dem Aussperrungsterror der Kapitalisten aus, sie verteidigen auch die gesetzlichen Grundlagen, nach denen solche Kollegen ohne Anspruch auf Unterstützung auf die Straße geworfen werden.

Was unterscheidet sie denn noch von dem Bonner Wirtschaftsminister Lambsdorf, über dessen unverschämte Hetze sie sich scheinheilig empörten? Auch Lambsdorf hatte sich für den § 116 stark gemacht und öffentlich bedauert, daß in vielen Fällen die Arbeitsämter trotz dieses Gesetzes Kurzarbeitergeld ausgezahlt hatten. Dieser Herr brachte allerdings die Bestrebungen der Bourgeoisie, die Streikkämpfe der Arbeiterklasse mit reaktionären Gesetzen zu brechen, noch deutlicher zum Ausdruck. Seine Antwort auf die Forderung der Metaller nach Verbot der Aussperrung: Dann müßte man auch die Schwerpunktstreiks verbieten. Die Klagen, die von mehreren tausend Kollegen bei den Arbeitsgerichten gegen die Aussperrung eingereicht wurden, bezeichnete er als „politischen Mißbrauch der Gerichtsbarkeit."

So wollen sie jetzt den kämpfenden Arbeitern schon verbieten, die bürgerlichen Gesetze in Anspruch zu nehmen. Die Hetze gegen den Metallerstreik, wie schon gegen den Druckerstreik, der als „Geiselnahme" diffamiert wurde, die unverhüllten Drohungen Lambsdorfs, der deutlich machte, daß er Namen der ganzen Bundesregierung sprach, die Anwendung des § 116 in den beiden südlichen Tarifbezirken von Baden-Württemberg, all das sind deutliche Anzeichen dafür, daß die Bourgeoisie künftig noch brutaler gegen die Streikkämpfe der Arbeiter vorgehen will. Der reaktionäre Gewerkschaftsapparat — das hat sich wieder gezeigt — setzt diesem Terror nichts entgegen. Deutlicher denn je steht vor der Arbeiterklasse die Notwendigkeit, dem verräterischen Apparat eine starke Revolutionäre Gewerkschaftsopposition entgegenzusetzen.

Dortmund

Kampf für RGO-Liste bei Hoesch

Zum ersten Mal wurden eingereicht in zwei der drei Hoesch-Betriebe Dortmunds, Phönix (7.500 Beschäftigte) und Union (6.000 Beschäftigte), Listen der RGO, gibt es Kandidaten zu den Betriebsratswahlen, die nicht nur den Mut haben, gegen die alte Betriebsratsclique um Rosentreter und Rösen für die Interessen ihrer Kollegen einzutreten, sondern ganz offen sagen, was viele Kollegen denken: daß sie es satt haben, zu sehen, wie „unsere Interessen vom alten Betriebsrat für ein Linsengericht an Hoesch verschachert werden".

So heißt es im Programm der RGO-Liste: „Wir lassen uns nicht kaufen. Wir werden die Forderungen aller Kollegen auf den Tisch bringen und gemeinsam mit euch für ihre Durchsetzung eintreten." Seit der Veröffentlichung des Programms haben sich an beiden Betrieben die Ereignisse überschlagen. Bei Phönix wird dem Listenführer der RGO-Liste, dem Elektriker Peter Schnittfeld, fristlos gekündigt. Wenige Stunden vorher hatte er der Geschäftsleitung eine gerichtliche Verfügung vorgelegt, nach der er nicht beim Sammeln von Unterschriften für die RGO-Liste behindert werden darf.

Eine Welle der Empörung durchläuft den Betrieb. Viele Kollegen reagieren nach dem Motto: jetzt erst recht! Wer zu solchen Maßnahmen greift, muß Dreck am Stecken haben. Zwei Tage später ist die Werkstatt, in der Peter arbeitet, mit folgendem Aufkleber beklebt: „Weg mit der Entlassung des Listenführers Peter Schnittfeld! Gegen Erpressung und Repressalien durch den alten Betriebsrat! Verteidigt die Liste RGO!" Nach Aussagen von Kollegen war das ein Schock für die Betriebsleitung. Solche Kleber, wo sie doch den „Roten" gerade rausgeschmissen hatten!

Über das Arbeitsgericht wird gegen Hoesch eine einstweilige Verfügung erwirkt. Peter kann jeden Tag eine Stunde aufs Werk zum Unterschriftensammeln gehen. Als er im Betrieb erscheint, wird er verfolgt von Betriebsräten und Vertrauensleuten, allen voran die Herren der DKP. Doch sie haben wieder einmal die Rechnung ohne den Wirt, das heißt ohne die Kollegen gemacht. Sie verhindern, daß Peter verfolgt wird, indem sie die Betriebsräte aufhalten.

In beiden Betrieben erscheint ein Rundschreiben vom IGM-Vertrauensleutekörper — bei Union sogar unterzeichnet vom Vorsitzenden des Wahlvorstandes, der damit seine Neutralitätspflicht verletzt —, das jedem Kollegen den Gewerkschaftsausschluß androht, der die RGO-Liste unterzeichnet. Da bei Hoesch die Kollegen zu praktisch 100 Prozent in der IGM zwangsorganisiert sind, soll diese Drohung jedem Kollegen auch Angst vor der Entlassung einjagen.

Gegen den Vorsitzenden des Wahlvorstands bei Union wird eine einstweilige Verfügung beim Arbeitsgericht erwirkt, in der es heißt: „Dem Antragsgegner (Rosentreter) wird unter Androhung eines Ordnungsgeldes von 5.000 DM für jeden Fall der Zuwiderhandlung untersagt, zum Boykott von Unterschriften für Listenvorschläge zur Betriebsratswahl 1978 im Werk der Beteiligten aufzurufen."

Trotz des massiven Terrors von Betriebsleitung und Bonzen wurden bei Union 130 Unterschriften gesammelt, bei Phönix 110. Bei Union müssen 98 Unterschriften als gültig anerkannt werden. Innerhalb der Nachfrist werden die zwei fehlenden nachgereicht werden. Bei Phönix will man die RGO-Liste über die den Kollegen abgepreßten Doppelunterschriften kaputt machen. Doch es stellt sich heraus: Die Doppelunterschriften sind vor der Erstellung der IGM-Liste geleistet worden. Die Kollegen sind betrogen worden, denn auf der ihnen vorgelegten Liste waren überhaupt keine Kandidaten aufgeführt. Ein klarer Verstoß gegen das Wahlgesetz! Die RGO-Liste hat Einspruch dagegen eingelegt, über den bei Redaktionsschluß noch nicht entschieden war.

In dem Kampf für die Kandidatur der RGO-Liste wurde zwei Tage nach der Abgabe der Listen die RGO-Betriebsgruppe Hoesch gegründet.

"Dafür haben wir nicht gekämpft!"

Fortsetzung von Seite 1

det schon noch sehen, was ihr davon habt..." Aber die Streikposten bleiben fest: "Der kommt nur rein, wenn er den Kofferraum aufmacht." Der Vertreter der Firma versucht die Kollegen zu bequatschen: „Das ist eben sein Prinzip, daß er den Kofferraum nicht aufmacht." Die Antwort der Kollegen: „Das Prinzip interessiert uns nicht. Uns interessiert nur unser Streik." Nach einiger Zeit muß der Streikbrecher dann abziehen.

Spontan wird auch der Widerstand gegen den Schandabschluß organisiert. Ein Streikposten von Daimler sammelt Unterschriften gegen den Abschluß. Bei Mahle z. B. unterschreiben alle Streikposten vor den Toren. Sie diskutieren, was man noch machen könne, um den Abschluß zu verhindern. Einer schlägt vor: Alle Kollegen sollten bei der Ortsverwaltung bzw. der Streikleitung anrufen, um sie unter Druck zu setzen. Andere sind dafür, eine Demonstration zu organisieren. Sie soll die Große Tarifkommission, wenn sie über Annahme oder Ablehnung des Abschlusses berät, unter Druck setzen. **Aber es gibt auch Stimmen, denen das alles noch zu wenig ist. Sie sagen: Das einzig richtige, was wirklich Erfolg hat, ist ein wilder Streik.**

Dieser spontane Widerstand gegen den IGM-Apparat kommt nicht von ungefähr. Die Metaller in Stuttgart und Umgebung haben in diesen mehr als drei Wochen Streik ihre Kraft gespürt. Und sie haben gemerkt: Diejenigen, die verhindert haben, daß ihre Kampfkraft und die aller Metaller voll zur Geltung kam — das waren die IGM-Bonzen. Fast alle Streikenden sind sich am Montag morgen einig: Vollstreik, das wäre das einzig richtige gewesen. Einer meint: „Meine Meinung war von Anfang an, gegen die Aussperrung hätte es Generalstreik geben müssen. Aber das mindeste wäre Vollstreik gewesen." Ein anderer ergänzt: „Das haben die Bonzen verhindert."

Aber die Kollegen sehen nicht nur den Verrat. Für sie ist dieser Abschluß — selbst wenn er durchgesetzt werden sollte — nicht aller Tage Abend. Sie haben in diesen drei Wochen ihre Erfahrungen gemacht und die sind nicht umsonst. Bereits am Montag morgen hörte man in den Streiklokalen: „Das einzig Gute ist, daß überhaupt gestreikt worden ist." Und ein Streikposten bei Mahle sagte: **„Wenn wir Arbeiter alle zusammenstehen, können die sowas nicht mit uns machen."**

Einigkeit macht stark, das haben die Metaller im Kampf erfahren und werden für die Zukunft ihre Lehren daraus ziehen. Ihre Gegner werden das noch zu spüren bekommen. Und zwar alle miteinander: Nicht nur die Kapitalisten, sondern auch ihre Handlanger — der arbeiterfeindliche IGM-Apparat und der kapitalistische Staat, der seine Polizei und Klassenjustiz gegen die Arbeiter, für die Interessen der Kapitalisten einsetzte.

Korrespondenzen

Redaktion „Roter Morgen" Wellinghofer Str. 103 Postfach 30 05 26 46 Dortmund 30

Finanzamt verlangt Einkommenssteuer für Witwenrente

Eine Kollegin — sie arbeitet seit über zehn Jahren ohne Schwesternausbildung im Krankenhaus — erzählte mir folgendes: Sie verdient etwa 1.000 DM netto. Zusätzlich hat sie seit dem Tod ihres Mannes monatlich 600 DM Witwenrente. In diesem Jahr nun erhielt sie vom Finanzamt den Bescheid, daß sie für diese Witwenrente Einkommensteuer zu zahlen habe — ungefähr 300 DM für das Jahr 1976. Aber nicht nur dies. Zusätzlich werden auch noch 26 DM Kirchensteuer für den verstorbenen Mann abgezogen. Verständlich, daß diese Frau empört ist.

Anläßlich der Kommunalwahl in Schleswig-Holstein hatte der Finanzminister in Kiel eine Telefonsprechstunde zu Steuerfragen eingerichtet. Meine Kollegin, die ihrem Ärger Luft machen wollte, rief dort an. Eine Erklärung für diese Geldschneiderei bekam sie natürlich nicht. Man werde die Sache prüfen, meinte der Minister. Das Antwortschreiben des Finanzamtes sah entsprechend aus: Es habe schon alles seine Richtigkeit. Die Einkommenssteuer muß sie zahlen.

Rot Front, eine Genossin aus Lübeck

Sinkende Hypothekenzinsen — günstig für wen?

Ich arbeite als Angestellter in einer Hypothekenbank in der Wohnungsbaukreditabteilung. In den letzten Monaten sind die Zinsen für Hypothekendarlehen immer niedriger geworden. Das hat zur Folge, daß sich heute wieder mehr Leute entschließen, ein Darlehen zur Finanzierung eines Hausbaus aufzunehmen.

Ein normales Einfamilienhaus kostet heute mindestens 200.000 DM bei einem preisgünstigen Grundstück. Und da die Banken ein Haus nicht zu 100% finanzieren (es sei denn, der Kunde ist irgend so ein Oberbonze), sollten bei dem Beispiel mindestens 20.000 DM an Eigengeld vorhanden sein. Es wären dann noch ca. 180.000 DM mit Darlehen zu finanzieren, wofür eine optimale Finanzierung heute ca. folgendermaßen aussieht:

100.000 DM Ia Darlehen bei 100% Auszahlung, 7% Zinsen fest auf 10 Jahre
= 7.000 DM Zinsen pro Jahr
\+ 1.000 DM Tilgung pro Jahr (1% p. a.)
80.000 DM nachrangiges Darlehen bei 100% Auszahlung, 7,5% Zinsen auf 10 Jahre fest
= 6.000 DM Zinsen pro Jahr
\+ 800 DM Tilgung pro Jahr
14.800 DM zu erbringende Jahresleistung

14.800 DM : 12 = ca. 1.240 DM zu erbringende Zins- und Tilgungsleistung (Annuität) im Monat.

Zu dem Beispiel ist zu sagen, daß es für einen normalen Werktätigen natürlich sehr schwer ist, sich 20.000 DM Ersparnisse zusammenzukratzen.

Die monatlichen Kreditkosten von 1.240 DM können zwar evtl. — sofern das Kontingent noch nicht erschöpft ist — durch ein sogenanntes Aufwendungsdarlehen (vom Staat) monatlich bis auf ca. 1.000 DM gedrückt werden, bei Erfüllung der erforderlichen Voraussetzungen, z. B. kinderreiche Familie, aber 1.000 DM sind es dann auch mindestens. (Das Aufwendungsdarlehen muß später zurückgezahlt werden.) Und wieviel Geld bringt heute eine Arbeiterfamilie im Monat nach Hause? Wenn beide arbeiten, vielleicht 2.200 DM. Jetzt kann man sich ausrechnen, daß ein Hausbau heute unter einigermaßen vernünftigen Bedingungen für eine Arbeiter- oder Angestelltenfamilie kaum möglich ist. Nur die bessergestellten Schichten können sich das in der Regel leisten.

Der kapitalistische Staat treibt die Entwicklung auf dem Kapitalmarkt mit den heutigen günstigen Kreditzinsen über die Bundesbank mit voran, u. a., um angeblich „die krisengeschüttelte Bauwirtschaft zu stützen". Es ist klar, daß sich die Baukapitalisten die Hände reiben, wenn sich dadurch mehr für einen Hausbau entschließen; ebenso die Bankbosse, denn das Hypothekengeschäft hat sich in 1977 mindestens verdoppelt. Die geringeren Zinseinnahmen aus Krediten werden natürlich voll auf die Ausgabenseite abgewälzt (die Zinsen für Pfandbriefe sinken entsprechend). Und nicht zuletzt reiben sich die Hypothekenvermittler die Hände, die für jede Kreditvermittlung eine faul verdiente Provision einsacken. Die Werktätigen haben keinen Vorteil von dieser Wirtschaftsentwicklung, im Gegenteil: In den Banken steigt die Arbeitshetze, bei uns z. B. sind schon seit mehreren Monaten Überstunden angeordnet. Und Werktätige können sich sowieso keinen Neubau leisten, ihnen kommen die Projekte also nicht zugute. Erst im Sozialismus werden die Errungenschaften im Wohnungsbau voll den Werktätigen zugute kommen.

Rot Front,
ein Leser aus Norddeutschland.

Veranstaltung der Roten Hilfe Deutschlands

Hamburg: Solidaritätsfest mit den politisch Verfolgten, 8. 4., ab 18 Uhr, Gaststätte „Jarrestadt", Jarrestraße 27, Hamburg-Barmbek. Programm: Bericht der RHD-Hamburg, Sketche, Quiz, Spiele, Flohmarkt, Tanz — es spielen die „Elbspeelers" —, u. ä. m.

Gastspiel der Studiobühne Würzburg

Hamburg: „Gespräch mit dem Kanzler über die Freiheit und die Notwendigkeit". Dienstag, den 18. 4., 19.30 Uhr, Gaststätte „Jarrestadt", Jarrestraße 27, Hamburg-Barmbek.

Parteiveranstaltungen

Wuppertal: „Die Erfahrungen aus dem Druckerstreik". 6. 4., 19.30 Uhr, Haus Panten, Ernststraße, Ecke Masurenstraße, Wuppertal-Elberfeld.

Neumünster: „Fünf Jahre Ortsgruppe Neumünster der KPD/ML", Rückblick und Ausblick. 8. 4., 18 Uhr, Hansahaus, Hansaring 36. Anschließend Tanz mit den Elbspeelers.

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

◯ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML

◯ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen"

◯ Ich möchte den „Roten Morgen", das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren

◯ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

NAME ....
WOHNORT ....
STRASSE ....

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD/ML, Wellinghoferstr. 103, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.**

Rote Garde Kongress — Jugendorganisation der KPD/ML

Vorwärts zum I. Kongreß der Roten Garde!

Sozialdemokraten-wie sie wirklich sind



50 Jahre Geschichte

SPD

1933 Verrat an der Einheitsfront

1968 Notstandsgesetze

1972 Ausländergesetze

1975 Paragraph 88a

1978 Polizeistaatsgesetze

Die Gesetze sollen den Zustand legalisieren, den viele mit wachsender Wut im Bauch während der Schleyer-Entführung erlebt haben: Straßensperren, Polizisten mit MPi's an den Ecken, Hausdurchsuchungen u. Schikanierung der Bevölkerung!

Sozialdemokraten.

Von weitem sah es aus wie eines der üblichen Stimmenfängerplakate der SPD. Bei näherem Hinsehen allerdings stellte man fest, daß „die Sozialdemokraten" ausnahmsweise einmal die Wahrheit über ihre Partei sagten... — Mit dieser originellen Idee griff die Rote Garde Kiel in den Kommunalwahlrummel in Schleswig-Holstein ein — sehr zum Ärger der SPD. Die Kieler Rotgardisten berichten: „Ein paar Minuten, nachdem wir das Plakat aufgestellt hatten, war es plötzlich verschwunden. Aber wir wußten, wo wir es zu suchen hatten: am Stand der SPD. Die wollten es natürlich nicht wieder herausrücken. „Alles Lüge und üble Nachrede", schrie einer von ihnen. Aber ein kräftiger Ruck genügte — und die SPDler mußten mitansehen, wie diese ungewöhnliche ‚SPD-Werbung' rege Beachtung bei den Passanten fand."

KSB/ML Frankfurt entlarvt

Polizisten mit Studienbuch

Vor einiger Zeit tauchten an der Fachhochschule für Sozialarbeit in Frankfurt ausgesprochen merkwürdige Studenten auf. Schon etwas älter, aber sehr bemüht, „studentengemäß" aufzutreten. So zog einer von ihnen bei der Aufnahme seines Studiums extra ins Studentenwohnheim, obwohl er verheiratet ist und zwei Kinder hat. Des Rätsels Lösung: Bei diesen „Studenten" — drei sind es inzwischen — handelt es sich um Polizisten!

Und zwar keineswegs um einfache Polizisten, sondern um Polizeioffiziere. Auffällig sind ihre gemeinsamen „einschlägigen" Berufserfahrungen. So ist der Polizist im Fachbereich Sozialpädagogik Leiter der Polizeischule Hanau und war Einsatzleiter bei der Räumung eines Jugendwohnheims. Von einem der anderen Polizeioffiziere ist bekannt, daß er Einsatzleiter eines Polizeieinsatzes an der Universität Frankfurt war. Er ist — nach eigenen Angaben — Kommissar bei der politischen Polizei! Alle drei „studieren" mit dem Einverständnis ihrer Vorgesetzten, sind also für das Studium freioder besser: abgestellt! Einer von ihnen macht auch den Studenten gegenüber kein Hehl daraus, daß er seinen Beruf als „Kommissar im Staatsschutz" weiter ausübt und jederzeit bei Demonstrationen eingesetzt werden kann!

Dieser „Polizeieinsatz mit Studienbuch" hat unter den Studenten der Fachhochschule große Empörung ausgelöst. Es erschien bereits ein Flugblatt der Studenten und einer dieser Spitzel, der seinen Dienst — im Einverständnis mit der Fachbereichsleitung — „incognito" antreten wollte, wurde von den Studenten auf einer Veranstaltung zur Rede gestellt und entlarvt. In diesem Semester wird der Kampf weitergehen!

Zu Besuch im Opel-Museum

Roten Pioniere Frankfurt

Liebe

Am Sonntag den 25. Februar ist es wieder soweit: Wir treffen uns um 11 Uhr bei Claudia vor dem Haus um mit dem VW-Bus nach Rüsselsheim zu fahren. Dort wollen wir ins Museum gehen, indem gezeigt wird wie eine große Fabrik (- in der die Opel-Autos gebaut werden -) entstanden ist. Gezeigt wird dort auch, daß die Arbeiter schon immer gegen die Fabrikbesitzer kämpfen mußten, um einigermaßen anständig leben zu können.

Danach fahren wir um die Opel-Werke herum. Jeder von Euch, der Lust hat, kann dann zu Hause ein Bild von den Opel-Werken malen. Das beste Bild erhält einen Preis.

Bis Bald!

Unkosten: 2 DM Benzin + Kuchen.

Die Einladung ...



... kurze Stärkung nach der Fahrt ...



... und dann zum Museum

„Dreimal haben wir uns bisher getroffen", schreiben uns die Roten Pioniere aus Frankfurt. „Zuletzt sind wir nach Rüsselsheim gefahren. Jeder von uns hat eine Einladung bekommen. Das Museum ist in einer alten Festung untergebracht. Es zeigt die Geschichte der Opel-Werke von den ersten primitiven Nähmaschinen, die dort produziert wurden, bis zu den modernen Autos. Es zeigt außerdem einiges über das Leben der Arbeiter, wie wenig sie verdienten, wie lange sie täglich arbeiteten und daß sie schon immer um geringste Verbesserung ihrer Lage kämpfen mußten.

Nach dem Museumsbesuch fuhren wir mit unserem Bus zu der Fabrik und schauten uns das Fabrikgelände an, mit den riesigen Werkhallen, den Tausenden Autos, die für den Abtransport bereitstehen, den elenden Wohnbaracken für die ausländischen Arbeiter.

Einige von uns haben dann davon ein Bild gemalt.

Spendet für den I. Kongreß der Roten Garde!

Der I. Kongreß der Roten Garde steht vor der Tür. Natürlich kostet die Vorbereitung viel Geld. Und natürlich ist Geld gerade bei unseren jungen Genossen knapp. Deshalb brauchen sie unsere Unterstützung — auch in finanzieller Hinsicht. Deshalb rufen wir alle Leser des „Roten Morgen" auf: Spendet für den I. Kongreß der Roten Garde auf die Konten: KPD/ML, Postscheckkonto 6420-467, Postscheckamt Dortmund und: Vorstand der KPD/ML, Stadtsparkasse Dortmund, Kto.-Nr. 321 004 547, jeweils unter dem Kennwort „Rote Garde"!

Aus einer Rede des Genossen Enver Hoxha im Bezirk Saranda

"Wir sagen jedem stets offen die Wahrheit"

Kürzlich besuchte Genosse Enver Hoxha, der 1. Sekretär des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens, den Distrikt Saranda in Südalbanien. Während dieser Reise hielt Genosse Enver Hoxha eine Ansprache vor den Arbeitern der jungen Stadt Ksamil, in der er vor allem auf einige Aspekte der Außenpolitik der Partei der Arbeit Albaniens und des albanischen Staates einging.

Ein wichtiges Kapitel in der Geschichte der albanischen Außenpolitik ist der Kampf gegen den Chruschtschow-Revisionismus. Als nach dem Tod Stalins die Chruschtschow-Revisionisten die Macht an sich rissen, betrieben sie nicht nur die Wiederherstellung des Kapitalismus in der Sowjetunion. Mit Demagogie, politischen, wirtschaftlichen und sogar militärischen Mitteln übten sie Druck auf die kommunistische Weltbewegung aus, um sie zu spalten und versuchten in der ganzen Welt den revolutionären Freiheitskampf des Proletariats und der Völker zu ersticken.

Heute, nachdem sich gezeigt hat, daß der russische Sozialimperialismus zusammen mit dem US-Imperialismus der größte Feind des Sozialismus, der proletarischen Revolution und des nationalen Befreiungskampfes der Völker ist, fällt es nicht schwer, die Gefährlichkeit des Chruschtschow-Revisionismus zu erkennen. Damals aber war das nicht so einfach. Viele ehrliche Menschen wurden zunächst durch die Demagogie der Chruschtschow-Revisionisten über ihren konterrevolutionären Charakter getäuscht. Es ist das große Verdienst der Partei der Arbeit Albaniens, den Kampf gegen den Chruschtschow-Revisionismus eröffnet zu haben, der gleichzeitig ein Kampf für die Einheit der kommunistischen Weltbewegung auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus war. Vielen wurden dadurch die Augen geöffnet und — ermutigt durch die prinzipienfeste und konsequente Haltung der Partei der Arbeit Albaniens — wurde in der ganzen Welt das Feuer auf den revisionistischen Verrat eröffnet und der notwendige Trennungsstrich zum modernen Revisionismus gezogen.

Heute wird mit Hilfe der revisionistischen „Theorie der drei Welten" erneut versucht, die Reihen der Revolutionäre zu verwirren, die kommunistische Weltbewegung zu spalten und den revolutionären Kampf des Weltproletariats und der Völker zu sabotieren. In dieser Situation ist der Kampf gegen den Chruschtschow-Revisionismus von großer aktueller Bedeutung. Deshalb kann es nicht weiter verwundern, daß die Vertreter der „Theorie der drei Welten", die den Marxismus-Leninismus und den proletarischen Internationalismus mit Füßen treten, sich auch gezwungen sehen, den großen Kampf der Marxisten-Leninisten gegen die Chruschtschow-Revisionisten zu verleumden und insbesondere die Rolle der Partei der Arbeit Albaniens in diesem Kampf zu verfälschen. Sollen sie! Damit werden sie noch mehr Menschen die Augen über ihren konterrevolutionären Charakter öffnen. Alle wahrhaften Marxisten-Leninisten und ehrlichen Revolutionäre, die die Partei der Arbeit Albaniens wegen des historischen Beitrags, den sie damals wie heute im Kampf gegen die Feinde der Revolution und des Sozialismus leistet, schätzen und lieben, betrachten solche Angriffe als Angriffe auf sich selbst. Sie werden sie entsprechend beantworten!

Sie werden ihre Anstrengungen für die Festigung der marxistisch-leninistischen Weltbewegung auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus verstärken und in ihrem Kampf nicht nachlassen bis zum weltweiten Sieg der Sache der Arbeiterklasse und des Kommunismus.

Im Zusammenhang mit der prinzipienfesten proletarischen Außenpolitik unserer Partei und unseres Staates und deren marxistisch-leninistischer Haltung zu den anderen Ländern, sagte der 1. Sekretär des Zentralkomitees der PAA, Genosse Enver Hoxha:

Wir waren gerecht, und wir sind gerecht. Wir sagen jedem stets offen die Wahrheit, wer es auch sei, ob es ihm paßt oder nicht. Das hat Albanien stark gemacht. Das hat dem Namen Albaniens und der Partei der Arbeit Albaniens Ansehen eingebracht. Das sind die hohen Tugenden unseres Volkes. Diese Tugenden werden vom Kapitalismus und vom Revisionismus mit Füßen getreten. Auf der Welt gibt es aber nicht nur Kapitalisten und Revisionisten. Sie sind in der Minderheit. Und auf der Welt gibt es Millionen ehrliche Menschen, Kämpfer für die Wahrheit. Diese Kämpfer für die Freiheit sind unsere Freunde, die Freunde der Albaner. Wir lieben sie, und sie lieben uns. Wir brauchen nicht mehr. Vereint mit ihnen sind wir stark, während die Kapitalisten schwach sind. Den Schwindler, den mag niemand. Den Betrüger mag niemand. Den Dieb mag niemand. Den Unterdrücker mag niemand.

Es sind jetzt wohl 19 Jahre her, fuhr Genosse Enver Hoxha fort, daß wir mit dem großen sowjetischen Renegaten Nikita Chruschtschow hierher kamen. Er kam nicht, um sich die Orangen anzusehen. Er kam nicht wegen der Obstbäume oder wegen dem Ölbaum, dem Baum, der ein Symbol des Friedens ist. Er wollte nur den See von Butrint sehen.

Als wir da standen, sagte er: „Was sollen diese Ausgrabungen hier in Butrint? Das sind tote Dinge."

„Doch, man braucht sie", sagte ich. „Sie sind Teil der großen Kultur der Menschheit."

„Ach, was ist das schon für eine Kultur? Hier braucht man etwas anderes", sagte er. „Was meinst du, Rodion Malinowsky?", wandte sich Chruschtschow an den sowjetischen Verteidigungsminister und Marschall der Sowjetunion, „wenn wir hier eine U-Boot-Basis bauen würden?"

„Oh!" sagte der Marschall, „očen' charašo (sehr gut)!"

Aber die Herren des Hauses dachten anders darüber. Sie duldeten nicht, daß die Fremden sich festsetzten. Die Herren des Hauses duldeten nicht, daß ihre Häfen zu Flottenstützpunkten gegen ihre Nachbarn und die befreundeten Völker wurden.

Wie ihr wißt, spitzten sich die Dinge nach einem Jahr zu. Weshalb sie sich zugespitzt haben? Sie haben sich zugespitzt, weil diese Leute Revisionisten, Imperialisten waren. Wir hatten sie seit langem erkannt. Stalin, betonte Genosse Enver Hoxha, hatte sie bereits früher erkannt und hatte ihnen ins Gesicht gesagt: „Ihr werdet die Sowjetunion an den Imperialismus verkaufen." Und was Stalin vorausgesehen hatte, hat sich bewahrheitet. Wir haben Chruschtschow und Konsorten richtig erkannt seit sie sich mit den jugoslawischen Revisionisten zusammentaten.

Unser Volk, hob Genosse Enver Hoxha hervor, ist ein geduldiges Volk. Es gibt heute in Europa einige „Reptilien", die sich Kommunistische Partei nennen und behaupten, andere hätten die Chruschtschowianer, die den Marxismus-Leninismus verraten haben, schon vorher erkannt. Oh nein! Das sind Albernheiten. Es war die Partei der Arbeit Albaniens, die als erste die Chruschtschowschen Renegaten erkannt und entlarvt hat.

Die Sowjetrevisionisten hatten die Absicht, Albanien und das albanische Volk zu knechten. Es gelang ihnen aber nicht. Sie begannen dann mit politischen Erpressungen und wirtschaftlichem Druck. Die Partei der Arbeit Albaniens blieb aber kaltblütig und antwortete ihnen stets entschieden. Weder ließ sich unsere Partei von ihrem heuchlerischen Lächeln betrügen noch durch Drohungen und Erpressungen einschüchtern.

Unsere Partei sagte zu Mikojan und Chruschtschow: „Zwischen uns und euch gibt es ideologische und politische Meinungsverschiedenheiten. Wenn ihr so weitermacht, wenn ihr diesen Weg weitergeht und weiter diese antimarxistischen Methoden anwendet, werden wir euch bekämpfen."



Genosse Enver Hoxha während seiner Reise unter den Werktätigen von Mashkullore

Sie waren aber so arrogant und so voller Größenwahn im Gefühl der Großmacht, daß sie über uns meinten: „Was sind das für lästige Fliegen, die vorgeben, sie könnten uns stechen!"

Die Partei der Arbeit Albaniens sagte ihnen: „Verwechselt nur nicht die wirtschaftlichen und staatlichen Fragen mit den ideologischen und politischen. Wenn ihr das macht — um so schlimmer für euch."

„So?" staunte Mikojan. „Um so schlimmer für uns?"

„Oh ja! Schlimmer für euch", antworteten wir.

„Aber ihr", sagte er, „werdet verhungern."

„Nein, wir werden nicht verhungern", antworteten wir.

„Ihr werdet euch für 30 Silberlinge an die Imperialisten verkaufen", sagte Chruschtschow.

„Albanien und die Albaner haben sich niemals an die Imperialisten verkauft. Aber ihr werdet euch verkaufen", sagten wir. „Die Partei der Arbeit Albaniens hat ihr Recht, hat ihre Meinung, was immer ihr auch denkt."

Die sowjetrevisionistischen Renegaten gingen weiter auf diesem Weg des Verrats und dachten, wir Albaner würden uns beugen. Aber nicht nur, daß wir uns nicht gebeugt haben, betonte Genosse Enver Hoxha, wir waren fest entschlossen, nicht nur uns selbst, sondern auch die Parteien und Staaten zu verteidigen, die von den Chruschtschow-Revisionisten angegriffen werden würden. Und das tat die Partei der Arbeit Albaniens entschieden und mutig, ohne irgendein Opfer zu scheuen. Und die modernen Revisionisten, mit den Sowjetrevisionisten an der Spitze, nahmen uns unter Beschuß. Aus diesem Kampf gingen die Partei der Arbeit Albaniens und das albanische Volk siegreich hervor, stärker und härter denn je.

Im Verlauf der Gespräche in Moskau, wo ich mit den Genossen Mehmet, Hysni und Ramiz war, drohten sie uns damit, wir würden zur Ursache für den Abbruch der Beziehungen zur Sowjetunion werden, sollten wir auf der Beratung der 81 Parteien gegen sie sprechen. Wir sagten ihnen aber, daß wir uns von niemandem das Recht nehmen lassen, unseren Standpunkt offen auszusprechen, daß sie es sind, die die Beziehungen zerstören, und daß sie dafür die volle Verantwortung tragen. Wir sagten ihnen auch, daß sie die Verträge, Protokolle und Abkommen einhalten sollten, die von den beiden Seiten unterzeichnet waren, andernfalls würden sie sich mit Schande beflecken.

„Wir und mit Schande beladen?" fragte Mikojan.

„Ihr werdet euch mit Schande beladen. Und wie!" sagten wir ihnen. „Ihr könnt uns nichts vormachen, wenn ihr sagt: Wir annullieren keine Verträge, Protokolle und Abkommen. Vielleicht könnt ihr die Verträge, Protokolle und Abkommen nicht annullieren", sagten wir, „ihr könnt sie aber nicht beachten und nicht einhalten."

Und genau das haben sie getan. Sie gingen sogar soweit, die diplomatischen Beziehungen abzubrechen. Ihr wißt inzwischen, wie es mit der revisionistischen Sowjetunion weiterging. Sie steht noch auf den Beinen. Aber sie ist diskreditiert, sie ist kein marxistisch-leninistischer Staat mehr, sondern revisionistisch, kapitalistisch, sozialimperialistisch. Das hat heute die ganze Welt begriffen.

Zur Entlarvung dieser Pest hat die Partei der Arbeit Albaniens ihren Beitrag geleistet. Darum kann niemand mit dem albanischen Volk und mit der Partei der Arbeit Albaniens sein Spiel und seine Scherze treiben. Das albanische Volk ist ein gerechtes Volk. Es ist ein Volk, das niemandem übel will außer den Feinden der Menschheit und des Marxismus-Leninismus. Das albanische Volk und seine Partei der Arbeit wollen mit allen, die um Freiheit und Unabhängigkeit, für Demokratie und Sozialismus kämpfen, in Freundschaft leben, in ehrlicher und aufrichtiger Freundschaft. Mit den Marxisten-Leninisten wollen wir in Brüderlichkeit und stählerner Freundschaft leben. Auch mit anderen Staaten, die nicht sozialistisch sind und keine feindlichen Absichten gegenüber der Sozialistischen Volksrepublik Albanien hegen, will der albanische Staat normale, freundschaftliche, kulturelle und Handelsbeziehungen haben. Spekulationen im Hinblick auf unsere korrekte marxistisch-leninistische Haltung in Politik, Wirtschaft usw. sind haltlos.

Wir können, wenn es um politische und ideologische Fragen geht, nicht den Mund halten. Die anderen können denken, was sie wollen. Unsere Partei beharrt unerschütterlich auf ihrer marxistisch-leninistischen Ideologie. Ob irgendjemand diese Haltung gefällt oder nicht, das macht uns nichts aus. Was wir machen, ist richtig. Wenn einer glaubt, daß Albanien, weil es ein kleines Land ist, so einfach mit Füßen getreten werden kann, so irrt er sich gewaltig. Das wäre für ihn ein fataler Fehler.

In dieser turbulenten aber revolutionären Welt, sagte Genosse Enver Hoxha abschließend, ist unsere Partei ein stählernes Bollwerk. Die Völker der Welt, das Proletariat, die Marxisten-Leninisten überall stimmen der korrekten Linie und der heroischen, ehrlichen und kühnen Haltung der PAA zu und unterstützen sie. Deshalb, Brüder und Schwestern, gehen wir mit großem Vertrauen auf die eigene Kraft, mit großem Vertrauen in den richtigen, marxistisch-leninistischen Weg, auf dem uns die Partei führt, vorwärts, arbeiten wir, schaffen wir, vergießen wir unseren Schweiß, bringen wir Opfer. Seien wir wachsam und bereit, allzeit wachsam und bereit! Die Siege, die wir errungen haben, der Sozialismus, den wir in unserem Land aufbauen und der voranschreitet, müssen verteidigt werden. Wer schläft, kommt unter die Räder. Aber wir werden niemals in Schlaf verfallen. Dummköpfe schlafen ein. Doch wir haben ein scharfes Auge, das Schwert fest gegürtet, den Finger am Abzug, die Hacke in der Hand und das Land voller Fabriken, Wasserkraftwerken, Traktoren, und in Zukunft werden wir noch mehr bauen, noch mehr und besser werden wir produzieren. Das ist die ruhmreiche Linie unserer Partei der Arbeit, errichtet auf den Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin.

Es lebe die Partei! Es lebe das Volk! Ruhm dem Marxismus-Leninismus!

Aus aller Welt

Namibia: Rassisten verschärfen den Terror

In der letzten Woche wurde in Windhuk, der Hauptstadt Namibias, der reaktionäre schwarze Politiker Kapuuo erschossen. Die südafrikanischen Rassisten, die über Namibia ein blutiges Besatzerregime errichtet haben, nutzten dieses Attentat zu einer großangelegten Terrorkampagne gegen das Volk von Namibia. Sie verstärkten ihre bewaffneten Mordbanden, führten Razzien gegen die Werktätigen durch und versuchten Stammesgegensätze zwischen den verschiedenen Volksgruppen zu schüren.

Kapuuo war der Vorsitzende der sogenannten „Demokratischen Turnhallen-Allianz", einer Vereinigung, die vollständig unter dem Kommando der südafrikanischen Rassisten steht. Diese Allianz soll nach dem Willen Pretorias noch in diesem Jahr nach einer geplanten Wahlfarce zur Regierungspartei in Namibia aufsteigen. Schwarze Verräter vom Schlage des erschossenen Kapuuo sollen dann Ministerposten übernehmen. So will Pretoria eine scheinbare Unabhängigkeit in Namibia schaffen. Tatsächlich aber wollen die Rassisten — nur unter einer anderen Form — ihre Besetzung des Landes aufrechterhalten. Ein deutlicher Beweis dafür ist die Tatsache, daß sie sich weigern, ihre Besatzertruppen aus diesem Land abzuziehen.

Ein Sprecher der namibischen Patrioten äußerte die Vermutung, daß die südafrikanischen Rassisten das Attentat auf Kapuuo selbst veranlaßt haben, um einen Grund für die weitere Ausdehnung ihres Besatzerterrors zu schaffen. Schon während des ganzen letzten Monats war es zu brutalen Gewaltakten gekommen, mit denen die Rassisten den Widerstand des Volkes gegen ihr Regime brechen wollen. In den ersten acht Tagen des Monats haben die Besatzer in der Hauptstadt Windhuk zwei Demonstranten getötet und fünf weitere verwundet. 20 andere wurden verhaftet und in Lagern interniert, wo sie grausam gefoltert werden.

Auch in einem anderen Ort kam es zu heftigen Straßenschlachten zwischen der namibischen Bevölkerung und den Rassistentruppen, die dabei einen Demonstranten ermordeten.

Die bewaffneten Patrioten Namibias haben auf den Besatzerterror mit einer Verstärkung ihrer militärischen Aktionen geantwortet. Sie haben eine Anzahl wichtiger Stützpunkte der Rassisten zerstört und dabei mehrere Feinde getötet. Außerdem konnten sie eine große Menge Waffen und Heeresausrüstungen erbeuten. Die Entschlossenheit, den bewaffneten Kampf zu Ende zu führen, ist das einzige Mittel zur Befreiung des Landes von der rassistischen Herrschaft.

Spanien: Machtvolle Demonstration für Selbstbestimmung des Baskenlandes

Am 26. Februar hallten die spanischen Städte Bilbao, Pamplona, San Sebastian und Alava von den Parolen Hunderttausender Demonstranten wider, die anläßlich des Tages des Baskenlandes auf die Straßen gingen. Die Demonstranten riefen Losungen gegen die faschistische Monarchie und gegen die sogenannte Autonomie, die die Regierung des Faschisten Suarez und die verräterische Opposition dem Baskenland zugestanden haben. Sie forderten das Recht auf wahre Selbstbestimmung. Bei der Kundgebungen kam die Unterstützung und Sympathie der werktätigen Massen für die politischen Kräfte und Organisationen zum Ausdruck, die die korrekte Linie der revolutionären Gewalt zur Verwirklichung der wahren Bestrebungen des spanischen Volkes verteidigen, wie die KPSp/ML und die FRAP. Bei allen Demonstrationen vom 26. März im Baskenland wehten viele Dutzende republikanischer Fahnen. An den Demonstrationen beteiligten sich die Mitglieder der KPSp/ML und anderer Organisationen wie der FRAP.

Spanien: Terrortruppe nach Bonner Vorbild

In Madrid wurde die Bildung einer Terrortruppe beschlossen, um die Kämpfe der Volksmassen wirkungsvoller zu unterdrücken. Das Vorbild dafür hat das spanische Regime im berüchtigten „Modell Deutschland" der Bonner Imperialisten gefunden. Wie es in Madrid hieß, soll die Truppe der Grenzschutzeinheit GSG 9 nachgebildet werden.

Frankreich: Massendemonstrationen nach Tankerunglück

Angesichts der Bedrohung ihrer Existenz durch die Verpestung der bretonischen Küste mit dem Öl des Tankers „Amoco Cadiz" führten Tausende von Fischern und anderen Werktätigen Massendemonstrationen in der bretonischen Stadt Brest durch. Zu schweren Straßenschlachten kam es, als die Demonstranten versuchten, das Gebäude der Meeresverwaltung zu stürmen und die Polizei brutal mit Tränengas gegen sie vorging.

Unterdessen verschlimmern die profitgierigen kapitalistischen Reedereien die Ölkatastrophe noch. Statt wie vorgeschrieben, die Tanks ihrer Schiffe reinigen zu lassen, benutzen sie den Ölteppich vor der Bretagne, um dort ihr verbrauchtes Öl ins Meer abzulassen. Ein solcher Gangster wurde jetzt von den französischen Behörden gestellt und im Hafen von Dieppe festgehalten. Es handelt sich um den Kapitän des sowjetischen Frachters „Aktau". Er hatte ein neues Ölfeld von drei Kilometern Länge und einem Kilometer Breite verursacht.

Iran: Massenkämpfe gegen das Schahregime

In der letzten Woche sind im Iran neue Massenkämpfe gegen das faschistische Schahregime entflammt. Aus 16 Städten des Landes werden Demonstrationen gemeldet. In der Stadt Isfahan demolierten iranische Patrioten Einrichtungen des Regimes. Auch in Teheran und anderen Städten wurden Büros der faschistischen Staatspartei, Banken usw. angegriffen und teilweise in Brand gesteckt. Mit brutalem Terror versuchte das Regime, die Kämpfe der Massen im Blut zu ersticken. In Qazvin wurde ein Flugblattverteiler von der Polizei erschossen. In Yazd eröffneten die Truppen des Schah das Feuer auf Demonstranten. Wieviele Menschen die faschistischen Henker während dieser Kämpfe ermordet oder eingekerkert haben, ist noch ungewiß.

Die großen Massenerhebungen der letzten Monate im Iran, die Demonstrationen der vergangenen Woche haben gezeigt, daß sich der Kampf der Völker des Iran nicht mit Maschinengewehrfeuer und Bajonetten brechen läßt. Im Gegenteil, jedes Verbrechen des Regimes, jedes Massaker, daß die Truppen des Schahs unter den Volksmassen anrichteten, war nur der Anlaß zu neuen, noch machtvolleren Kundgebungen des Widerstands gegen das faschistische Regime.



Spanien

Bandeira Vermelha

Portugal

REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Lieber Leser des ROTEN MORGEN!

Die abgebildeten Zeitungen, aber auch andere Zentralorgane der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über die „Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus" (GewiSo) bezogen werden. Wir bitten insbesondere auch die ausländischen Kollegen auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Die Zeitungen sind nur im Abonnement erhältlich.

Bestellungen bitten wir zu richten an: **GEWISO-Buchvertrieb, 2 Hamburg 50, Postfach 500568, Tel.: 040/3902959**

Italien — Griechenland

PROLETARI DI TUTTI I PAESI, UNITEVI!

nuova unità

ΠΡΟΛΕΤΑΡΙΑΚΗ ΣΗΜΑΙΑ

"Hsinhua stellt vor:

Zwei Mitglieder der Führung des heutigen China

In verschiedenen Artikeln wurde im „Roten Morgen" und im Theoretischen Organ unserer Partei in der letzten Zeit nachgewiesen, daß die gegenwärtige Führung der KP Chinas eine revisionistische Politik der Kapitulation gegenüber dem Kapitalismus betreibt. Einen erneuten, traurigen Beweis für die Richtigkeit dieser Ansicht lieferten die chinesischen „Drei-Welten-Theoretiker" vor einigen Wochen:

Im März fanden in der Volksrepublik China die Wahlen zum 5. Nationalen Komitee der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes statt. Vorsitzender wurde Deng Hsiao-ping. Außerdem wurden 22 stellvertretende Vorsitzende gewählt und 243 Mitglieder des Ständigen Komitees. Die Nachrichtenagentur Hsinhua interviewte einen der stellvertretenden Vorsitzenden und ein Mitglied des Ständigen Komitees.

Zum stellvertretenden Vorsitzenden wurde unter anderem Jung Yi-jen gewählt, „Chinas größter nationaler Kapitalist in den Tagen vor der Befreiung", wie Hsinhua feststellt. Jung Yi-jen ist außerdem stellvertretender Vorsitzender der Allchinesischen Föderation für Industrie und Handel und Mitglied des Ständigen Komitees der Chinesischen Demokratischen Vereinigung für den Aufbau. Abgeordneter des Nationalen Volkskongresses und Mitglied des Nationalen Komitees der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes (PKChV) ist Jung Yi-jen bereits seit den frühen fünfziger Jahren. Er schildert der Nachrichtenagentur, wie er als chinesischer nationaler Kapitalist dazu kam, die Kommunistische Partei Chinas zu unterstützen:

„Ich stand der Kommunistischen Partei skeptisch gegenüber. Denn ich kannte die Haltung der Kommunistischen Partei gegenüber den nationalen Kapitalisten nicht und die Unruhen beunruhigten mich. Aber die folgenden Ereignisse zeigten, daß meine Sorgen unbegründet waren..." Jung Yi-jen erinnert sich, wie aufgeregt er ein Jahr später war, als Vorsitzender Mao und Premier Tschou En-lai ihn und andere bekannte Persönlichkeiten zu einem Dinner einluden und mit ihnen sprachen — gerade am Vorabend der zweiten Sitzung des Nationalen Komitees der ersten PKChV. Das freundliche Gesicht des Vorsitzenden Mao und seine warmen Worte beruhigten mich sofort und vertieften mein Verständnis für die Kommunistische Partei.'" „In den frühen Jahren nach der Befreiung diente Jung Yi-jen dann als Mitglied des Schanghaier Volksrats und als Mitglied des städtischen Komitees der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes." „Jung Yi-jen hatte vor der Befreiung neun Textilfabriken in Schanghai, Wushi und Hankow besessen. Er nahm aktiv teil an der großen politischen Bewegung der sozialistischen Umwälzung des privaten Handels und der Industrie im Jahre 1956. ‚Ich dachte, es wäre eine gute Sache für den Staat, die privaten Unternehmen zu führen und zu leiten. Aber ich machte mir Sorgen über meinen eigenen politischen Status, meine Arbeit und meine Lebensbedingungen in den kommenden Jahren. Die Tatsachen jedoch erteilten mir eine tiefgehende Lehre. Ich hatte erwartet, daß der Staat höchstens vier Prozent Zinsen für das nationalisierte Kapital zahlen würde. Tatsächlich waren es aber fünf Prozent und für sieben Jahre lang festgelegt.'" „Nach der sozialistischen Umwälzung wurde Jung Yi-jen Generaldirektor der Textilgesellschaft von Shensin und bezog weiterhin ein hohes Gehalt. Nicht lange danach wurde er zum stellvertretenden Bürgermeister von Schanghai gewählt. ‚Diese sensible und vernünftige Politik brachte mich noch näher zur Kommunistischen Partei', sagte er."

„Jung Yi-jen erzählte, wie er 1956 fragte, ob der Widerspruch zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie in China antagonistisch sei, nachdem die privaten Unternehmen in staatlich-private verwandelt worden seien. Diese Frage erweckte sofort große Aufmerksamkeit und schnell wurde sie zum Thema einer breiten, öffentlichen Debatte in der Presse. ‚Später behandelte Vorsitzender Mao diese Frage sehr klar in seiner Rede ‚Über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volk' und sagte, ‚daß in unserem Land der Widerspruch zwischen der Arbeiterklasse und der nationalen Bourgeoisie in die Kategorie der Widersprüche im Volk gehört.'"

„Im Sommer, als die Rechten die Partei heftig angriffen, wurde ich durch sie beeinflußt und machte auch Fehler, bejammerte das Schicksal der Kapitalisten. Ich beunruhigte mich über diese Fehler, aber Vorsitzender Mao sandte mir bald einige Worte durch einen Parteikader, daß ich nicht zu den bürgerlichen Rechten gezählt würde. Zur gleichen Zeit wies Vorsitzender Mao ernsthaft auf meine Fehler hin in der Hoffnung, daß ich sie erkennen und korrigieren würde. Die Kommunistische Partei verlor nicht ihr Vertrauen in mich und 1959 versetzte mich das Zentralkomitee nach Peking, wo ich stellvertretender Minister für die Textilindustrie wurde."

„In den Anfängen der Großen Proletarischen Kulturrevolution dann, erinnert er sich, nahm sich Premier Tschou trotz seiner vielen Arbeit die Zeit, um Jung Yi-jen zu helfen, die Situation zu verstehen..."

Abschließend sagte er zu Hsinhua, daß er seine Verwandten und Freunde, die vor der Revolution geflohen seien, vermisse, und fügte hinzu: „Ich hoffe, daß sie zurückkommen werden, um zu sehen, wie die sozialistischen Unternehmungen in unserem Land blühen."

Das Mitglied des Ständigen Komitees des Nationalen Komitees der PKChV, das Hsinhua vorstellt, ist der frühere Kuomintang-Generalleutnant Huang Wei:

„Huang Wei war Kommandeur des 12. Armeekorps der Kuomintang und wurde im Dezember 1948 gefangengenommen. Huang Wei hatte an der ‚Umzingelungs- und Unterdrückungskampagne' in den 1930er Jahren gegen die chinesische Rote-Arbeiter-und-Bauern-Armee in Kiangsi teilgenommen. Er ging soweit, Giftgas gegen die Rote Armee einzusetzen."

„Meine Verbrechen hätten sicher mit dem Tod bestraft werden müssen", sagte Huang Wei. Aber Vorsitzender Mao wandte seine Politik der Milde an und gab mir die Chance, ein neues Leben zu beginnen. Ich werde die Freundlichkeit des Vorsitzenden Mao niemals vergessen."

„Vorsitzender Hua unterstrich in seinem Bericht über die Arbeit der Regierung die grundlegende Politik ‚alle Patrioten gehören zu einer großen Familie', ‚ob sie früher oder später kommen'. Unser sozialistisches Vaterland hat die Tür den Militärs und den Verwaltungsangehörigen der Kuomintang in und aus Taiwan weit geöffnet."

„Selbst ein Kriegsverbrecher wie ich, der große Verbrechen beging, wurde milde und zuvorkommend behandelt", sagte Huang Wei. „Militärs und Verwaltungsangehörige von und aus Taiwan, die entschlossen sind, einen klaren Bruch mit der Vergangenheit zu ziehen, das Vaterland zu lieben und einen nützlichen Dienst für seine Vereinigung zu leisten, werden mit Sicherheit willkommen sein", stellte Huang Wei fest.

Abschließend wird festgestellt: „Über hundert ehemalige Kuomintang-Militärs und Verwaltungsangehörige wurden zum 5. Nationalen Komitee des P.K.K.Ch.V. gewählt und weitere 30 wurden Abgeordnete im 5. Nationalen Volkskongreß. Einige von ihnen, darunter Tu Yu-ming, der frühere Generalleutnant und Deputy-Kommandeur des Kuomintang-Hsuchow-‚Unterdrückungs-Headquarters' wurden in beide Organisationen gewählt." (Alle Zitate aus Hsinhua vom 16. 3. 78.)

„Den kapitalistischen oder den sozialistischen Weg gehen..."

...unter dieser Überschrift erschien am 15. 8. 1967 ein Artikel der „Roten Fahne" und der „Volkszeitung", der den chinesischen Chruschtschow Liu Schao-tschi entlarvte. In diesem Artikel heißt es u. a.:

„In dieser Zeit der neuen bedeutungsvollen Veränderungen trat der oberste Machthaber in der Partei, der den kapitalistischen Weg geht, wiederum als Wortführer der Bourgeoisie auf...

Was für eine Art „Sozialismus" hatte er im Sinn? Darüber gibt seine folgende, ans Unglaubliche grenzende Erklärung Aufschluß. Er sagte: ‚Nun im Stadium der neuen Demokratie könnt ihr Kapitalisten eure Initiative voll entfalten. Und was werdet ihr in der Zukunft in der Periode des Übergangs zum Sozialismus tun?

Das letzte Mal, als ich mit Herrn Sung Fe-tjing sprach (Direktor der Dongya-Wollweberei in Tien-tjin, ein eingefleischter Konterrevolutionär, der nach der Befreiung vom obersten Machthaber in der Partei, der den kapitalistischen Weg geht, in den Himmel gehoben wurde und kurz darauf ins Ausland flüchtete), sagte ich: ‚Nun leiten sie nur einen Betrieb, in Zukunft werden sie zwei, drei, sogar acht Betriebe leiten können. Wenn es soweit sein wird, daß unser Land zum Sozialismus übergeht, werden sie dem Staat die Betriebe auf dessen Weisung hin übergeben, oder er wird sie aufkaufen'. ‚Sollte der Staat zeitweilig nicht über die Geldmittel dafür verfügen, kann er Anleihscheine ausgeben. Dann wird der Staat ihnen doch noch die Leitung der acht Betriebe übergeben, und sie werden der Leiter bleiben. Aber der Leiter von Staatsbetrieben. Da sie große Fähigkeiten haben, wird man ihnen weitere acht Betriebe anvertrauen, und sie werden insgesamt 16 Betriebe leiten. Ihr Gehalt wird nicht gekürzt, sondern erhöht werden. Sie werden aber diese Betriebe gut zu leiten haben. Wollen sie das tun?'

Herr Sung sagte: ‚Natürlich will ich das tun!' ‚Wir werden euch zu einer Versammlung einladen, um zu diskutieren, wie der Übergang zum Sozialismus vor sich gehen soll. Ihr werdet sicher nicht die Stirn zu runzeln haben, sondern werdet mit strahlenden Gesichtern zur Versammlung kommen!' "

Lest das Theoretische Organ der KPD/ML!



Das Theoretische Organ „Der Weg der Partei" Nr. 1/78 enthält folgende wichtige Artikel:

- **Die „neue Weltstrategie" der Führung der KP Chinas — eine Strategie des Revisionismus**
- **Zum Programmentwurf der DKP-Revisionisten**
- **Brief des Zentralkomitees der KPD/ML an das Zentralkomitee der KP Chinas vom 21. Juli 1977**
- **Wichtiges Schulungsmaterial zur richtigen Führung des revolutionären Klassenkampfes**

Ab jetzt kann das Theoretische Organ auch abonniert werden, es erscheint zweimonatlich. Einzelpreis 3.— DM, Jahresabonnement 15.— DM.

Bestellungen an GEWISO-Buchvertrieb, Pf. 500568, 2 HH 50.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

US-Bergarbeiter

Die Streikfront stand vier Monate

110 Tage standen sie im Streik, in dem längsten und einem der härtesten in der Geschichte des amerikanischen Kohlebergbaus: die 160.000 Bergarbeiter im Kohlegebiet der Appalachen. In der letzten Woche haben sie mit einer knappen Mehrheit von 57 Prozent für einen neuen Tarifvertrag gestimmt und die Arbeit wieder aufgenommen. Weiter im Ausstand sind die 14.000 Bauarbeiter der Zechen, über deren Forderungen noch verhandelt wird.

Zweimal während ihres Streiks hatten die Kumpel einen zwischen den Kohlebaronen und den Bonzen der Gewerkschaft UMW ausgehandelten Vertrag abgelehnt. Gegenüber diesen Fassungen bringt der neue Vertrag einige Verbesserungen. So müssen sich die Arbeiter jetzt nur mit 200 Dollar statt 700 jährlich an der Krankenfürsorge beteiligen. Wenn die Zechenherren gegen Führer von wilden Streiks vorgehen wollen, müssen sie ein Schiedsgericht anrufen. Die Lohnerhöhung schließlich ist bei dreijähriger Laufzeit des Vertrags auf 31 Prozent festgesetzt.

Aber dieser neue Vertrag — das äußerst knappe Ergebnis der Urabstimmung spricht dafür — wird von den Bergarbeitern nicht als Sieg angesehen. Denn was sie gefordert hatten, war: vollständige Übernahme der Kosten für die Krankenfürsorge durch die Kapitalisten, kräftige Anhebung der Betriebsrenten und vor allem das uneingeschränkte Streikrecht für solche Fälle, wo die Sicherheit der Kumpel in den Zechen nicht gewährleistet ist. Gerade diese letzte Forderung ist eine Frage auf Leben und Tod für die Bergarbeiter. Zehntausende mußten in den Zechen schon ihr Leben lassen, Opfer der grenzenlosen Profitgier der Kapitalisten, die sich einen Dreck um die notwendigen Sicherheitsvorkehrungen unter Tage kümmern.

Fast vier Monate lang haben die Kumpel für die Durchsetzung dieser Forderungen gekämpft. Die größten Entbehrungen haben sie in diesem Kampf auf sich genommen: Schon mit dem ersten Streiktag sperrten die Kapitalisten die Krankenfürsorge und die Auszahlung der Renten an die pensionierten Bergarbeiter. Und bald sperrten auch die UMW-Bonzen die Zahlung von Streikgeldern. Aber immer stärker entwickelte sich in der Arbeiterklasse der USA, unter den Bauern und anderen Werktätigen eine breite Bewegung zur materiellen Unterstützung der Kumpel, um den großen Streik im Kohlerevier zu stärken.

Was waren die Besonderheiten dieses Kampfes, die ihn zu einem der bedeutendsten in der amerikanischen Arbeiterbewegung machen? Da ist einmal die Tatsache, daß sich die Bergarbeiter im Verlauf ihres Streiks immer schärfer gegen den verräterischen Gewerkschaftsapparat wandten. Die Appelle der Bonzen zur Wiederaufnahme der Arbeit, zur Einstellung von militanten Aktionen verhallten ungehört. Die Kollegen nahmen den Kampf in ihre eigenen Hände. Sie wußten, daß sein Ausgang entscheidend davon abhängen würde, ob es ihnen gelänge, die Förderung und den Transport von Streikbrecherkohle zu verhindern. So organisierten sie mobile Streikposten, die übers Land fuhren und die Schließung einer Zeche nach der anderen erzwangen.

Gegen die schwerbewachten Kohletransporte griffen die Kumpel zum Gewehr. Überall, von Alabama bis Illinois, entwickelten sich Gefechte zwischen den bewaffneten Bergarbeitern und den gekauften Revolvermännern der Kohlebarone, den Truppen von Polizei und Nationalgarde. Vor allem in den letzten Wochen des Streiks traten die Arbeiter immer deutlicher den Organen des kapitalistischen Staats entgegen. Ein Höhepunkt dieses Kampfes war die Anwendung des Taft-Hartley-Gesetzes durch Carter, mit dem die Streikenden zur Wiederaufnahme der Arbeit zwangsverpflichtet werden sollten. Aber trotzdem setzten die Bergarbeiter ihren Streik fort.

So hat dieser Kampf auf der einen Seite die Einheit unter den Kämpfenden gestärkt, hat er ihnen die große Kraft gezeigt, die in der geschlossenen und militanten Aktion der Arbeiterklasse liegt. Auf der anderen Seite sind die Verräter, die Agenten der Bourgeoisie in den eigenen Reihen weiter isoliert worden, ist den Streikenden und darüber hinaus der ganzen Arbeiterklasse die Rolle des Staates als Unterdrückungsinstrument der Bourgeoisie deutlicher geworden. Und es ist die Bereitschaft gewachsen, den Organen dieses Staates entschieden, auch mit der Waffe in der Hand, entgegenzutreten.

Wenn die Bergarbeiter in ihrem heldenhaften Kampf, der sie auch mehrere Todesopfer gekostet hat, trotzdem keinen entscheidenden Sieg erringen konnten, so liegt das daran, daß sie dem verräterischen UMW-Apparat noch keine eigene revolutionäre Klassenorganisation entgegensetzen konnten. Aber gerade dieser langandauernde Kampf und sein Ausgang haben bei vielen Arbeitern die Einsicht gestärkt, daß eine solche revolutionäre Organisation notwendig ist, um die kommenden Klassenschlachten siegreich zu entscheiden.

Japan

Flughafen Narita gestürmt

Das staatliche japanische Reisebüro hatte schon seine Kunden informiert. Am 2. April — so hieß es in der Mitteilung — würde auf dem neuen Großflughafen Narita bei Tokio der Flugbetrieb aufgenommen. Aber daraus wurde nichts. Am vorletzten Wochenende traten etwa 8.000 Demonstranten an, diese angekündigte Betriebsaufnahme zu verhindern. Es waren Bauern aus der Gegend von Narita mit ihren Familien, revolutionäre Werktätige und Jugendliche aus Tokio und anderen Städten.

Ihnen stand eine gewaltige Streitmacht von 14.000 Polizisten gegenüber, die schwerbewaffnet eine Besetzung des Flughafens verhindern sollten. Aber die Demonstranten ließen sich von dieser Übermacht nicht einschüchtern. Stundenlang tobten erbitterte Kämpfe, in deren Verlauf die Polizeitruppen auch Schußwaffen einsetzten. Im Verlauf des Kampfes gelang es einer Gruppe von Demonstranten, bis in den Kontrollturm vorzudringen, wo sie die empfindlichen Anlagen zerstörte. Erst nach schweren Kämpfen, bei denen sich die Demonstranten mit Steinen und Molotow-Cocktails verteidigten, konnte die Polizei den Turm wieder räumen. Aber anderntags mußte auf einer eilig einberufenen Kabinettssitzung der japanische Ministerpräsident Fukuda erklären: Die Eröffnung des Flughafens Narita ist auf unbestimmte Zeit verschoben. Damit ist in den schon über ein Jahrzehnt andauernden Kämpfen um den Flughafen der zwölfte von der Regierung angesetzte Eröffnungstermin geplatzt.

Worum geht es bei diesen so erbittert geführten Kämpfen? Mitte der sechziger Jahre wurde mit dem Bau des Flughafens Narita begonnen. Dabei setzten sich die Konzerne, die an dem Milliardengeschäft beteiligt waren, und der kapitalistische Staat rücksichtslos über die Interessen der Bauern dieser Gegend hinweg. Sie wurden nicht einmal über das Vorhaben informiert, geschweige denn nach ihrer Meinung gefragt, sondern einfach zwangsenteignet. Aber die Bauern von Narita ließen sich nicht widerstandslos ihr Land rauben. Schon 1966 schlossen sich zwei Kooperativen zur „Widerstandsliga Shibayama" zusammen. Über 1.000 andere Bauern bildeten die „Widerstandsliga Sanrizuka". Und das waren die wichtigsten Stationen des Kampfes gegen den Flughafen Narita: 1971 — Mit Bulldozern und Kränen, zwischen denen riesige Netze gespannt sind, gehen 5.500 Polizisten gegen 6.000 Bauern vor. Bei den Gefechten werden mehrere Fahrzeuge der Polizei in Brand gesetzt und drei Polizisten mit Bambusspeeren erstochen.

Mai 1977. In unmittelbarer Nähe des inzwischen fertiggestellten Flughafens haben die Bauern einen fast dreißig Meter hohen Stahlturm errichtet, der ein Landen von Flugzeugen unmöglich macht. Bei einer Schlacht um diesen Turm wird ein Flughafengegner von der Polizei ermordet. Der Turm wird zerstört.

Februar 1978. Ein neuer Stahlturm ist errichtet. Wieder entbrennt ein militanter Kampf, der sich über Tage hinzieht. Aus Solidarität mit den Flughafengegnern erklärt die örtliche Eisenbahnergewerkschaft einen Bummelstreik, dann einen halbtägigen Vollstreik.

Diese Aktion machte die Sympathie und Unterstützung deutlich, die der Kampf gegen den Flughafen bei vielen Werktätigen genießt. Sie sind empört über die Rücksichtslosigkeit, mit der die Kapitalisten und ihr Staat dieses Projekt gegen die Interessen der Anwohner vorantreiben. So wandten sich etwa die Eisenbahner besonders dagegen, daß sie künftig hochexplosives Flugzeugbenzin durch dichtbevölkerte Gegenden transportieren sollen.

Ministerpräsident Fukuda hat in der letzten Woche die Demonstrationen gegen den Flughafen „eine Gefährdung der Demokratie" genannt und nach Terrorgesetzen vom Bonner Muster geschrien. Demokratie? Dieser feine Herr sieht seine Profite gefährdet. Denn er hat — wie auch andere bürgerliche Politiker — persönlich in das Flughafenprojekt und fünf bisher leerstehende Luxushotels investiert. Für die Profite der Monopolherren und ihrer Lakaien ist der Flughafen Narita auf dem geraubten Boden der Bauern errichtet worden. Für die Profite der Ausbeuter wird er mit blutigem Polizeiterror gegen den gerechten Kampf der Massen verteidigt. Aber dieser Kampf ist noch lange nicht zu Ende. Die Bauern, Jugendlichen und anderen Flughafengegner, die am vorletzten Wochenende eine wichtige Schlacht gewonnen haben, erklärten ihren Willen, den Kampf fortzusetzen.

Libanon/Palästina

Das palästinensische Volk kämpft gegen die israelischen Besatzer

Fortsetzung von Seite 1

Die UNO-Truppen stehen dieser brutalen Inbesitznahme des Landes durch die israelischen Aggressoren völlig passiv gegenüber. Sie sehen nach wie vor ihre einzige Aufgabe darin, in die Stellungen der Palästinenser und der libanesischen Patrioten einzurücken und die Kräfte des Volkes zum Waffenstillstand zu zwingen. So hat sich auch in der letzten Woche eindeutig bestätigt, daß die von Washington veranlaßte und von Moskau gebilligte Entsendung der UNO-Truppen gegen die arabischen Völker und ihren gerechten Widerstand gegen die israelische Aggression gerichtet ist.



Palästinensische Partisanen.

Weiter hat sich bestätigt, daß hinter dem zionistischen Überfall auf den Südlibanon, hinter dem Bomben- und Granatenterror, der über tausend Menschen das Leben gekostet hat, niemand anders steckt als der amerikanische Imperialismus. Denn während Carter und Begin immer noch ihr Schauspiel vom angeblichen tiefen Zerwürfnis zwischen ihren Regierungen aufführen, rollt weiter der amerikanische Waffennachschub für die zionistischen Massenmörder. Wie in der letzten Woche bekannt wurde, liefert Washington jetzt auch das hochmoderne Nachtzielgerät „Flir" an Tel Aviv. Das ermöglicht es den israelischen Geschützen und Mordbombern, auch in der Nacht ihr Ziel, die Lager und Städte des palästinensischen Volkes, zu treffen.

Der israelische Überfall auf den Südlibanon ist nur ein Teil der großangelegten imperialistisch-zionistischen Verschwörung, bei der Washington den israelischen Gangsterstaat aufrüstet und ihm freie Bahn gibt, um unter Ausschaltung der revolutionären Kräfte der arabischen Völker sein imperialistisches Ziel, den ganzen Nahen Osten unter Kontrolle zu bringen, zu erreichen. Aber die revolutionären Volksmassen setzen diesen Todfeinden der Völker einen erbitterten Widerstand entgegen. Ein Sprecher der palästinensischen Patrioten erklärte in der letzten Woche: „Für alle sollte es klar sein, daß wir unseren bewaffneten Kampf fortsetzen, einschließlich innerhalb der besetzten Heimat, und wir werden unseren bewaffneten Widerstand zur Vertreibung der israelischen Truppen vom libanesischen Boden nicht beenden."

Einheiten der palästinensischen und der libanesischen Patrioten konnten in der letzten Woche nicht nur den Vormarsch der Aggressoren stoppen. Sie operierten auch weiter hinter den feindlichen Linien und fügten dem Feind schweren Schaden zu. Außerdem nahm ihre Artillerie Nachschubbasen der Zionisten im besetzten Palästina unter Beschuß. Palästina selbst ist von einer breiten Bewegung der arabischen Bevölkerung erfaßt. Im 1965 von den Zionisten besetzten Westjordanland wurde am Tag des Überfalls auf den Libanon ein Generalstreik ausgerufen, dem sich auch die kleinen Händler anschlossen. Täglich kommt es in Ramallah, Nablus, Jenin, Hebron usw. zu Protestdemonstrationen, zu militanten Aktionen gegen die Besatzer. In Jerusalem errichteten Jugendliche Barrikaden auf den Straßen und setzten Fahrzeuge der Zionisten in Brand. In Ramallah und Al Beira setzten sich Schüler mit Steinen und Flaschen gegen israelische Panzer zur Wehr, die ihre Schulen — Zentren des Widerstandes gegen die Besatzer — niederwalzen wollten. In Bethlehem und Bir Zeit belagerten die Truppen Begins die Universitäten, ohne sie aber stürmen zu können.

Auch die palästinensischen Partisanen erhöhten ihre militärische Aktivität in der besetzten Heimat. Bei einem Hinterhalt gegen eine zionistische Militärpatrouille wurden ein feindliches Fahrzeug zerstört und mehrere Soldaten getötet. Auf der Straße zwischen Nablus und Talkarm griffen die Partisanen ein anderes Militärfahrzeug an und töteten alle Insassen. In einer Straße am Stadtrand von Ramallah explodierte eine Mine unter einem Konvoi der Besatzer, die dadurch hohe Verluste an Menschen und Material zu beklagen hatten.

Diese mutigen Kämpfe der breiten Massen und der bewaffneten Kräfte, sei es im Südlibanon oder in Palästina selbst, zeigen, daß der Kampfgeist des palästinensischen Volkes ungebrochen ist, daß dieses heldenhafte Volk bereit ist, den Kampf fortzusetzen bis zum endgültigen Sieg über die Zionisten und ihre imperialistischen Hintermänner.

Teufelsaustreiber-Prozess

Religiöser Terror

Ein Arzt hätte helfen können. Aber Jesuitenpater Rodewyk bestimmte: „Das ist kein Fall für den Arzt, sondern für den Priester. Das Mädchen ist vom Teufel besessen." So mußte die 22jährige Pädagogikstudentin Anneliese Michel, todkrank, von Epilepsie befallen, wochenlang die „exorzistischen" Prozeduren der Pater über sich ergehen lassen. Sie starb, abgemagert bis auf die Knochen, buchstäblich verhungert und verdurstet. Ein Fall aus dem „düsteren" Mittelalter? Nein, diese Studentin starb am 1. Juli 1976 in Klingenberg am Main. Eltern und Pater sitzen jetzt auf der „Anklagebank".

Schon jetzt hat die Staatsanwaltschaft dafür gesorgt, daß die tatsächlich Verantwortlichen für den Mord an dem jungen Mädchen ungeschoren davonkommen. Der Bischof von Würzburg, Stangl, hatte persönlich die Genehmigung für die „Teufelsaustreibung" erteilt. Er hatte also diese Folter angeordnet. Aber der Staatsanwalt fand den Ausweg: Der „Oberhirte" habe zu dem Mädchen keinen unmittelbaren Kontakt gehabt, er habe den körperlichen und geistigen Verfall des Mädchens nicht gekannt, also sei er nicht verantwortlich. Ein Freibrief für jeden Schreibtischmörder!



Anneliese Michel

Wenn die Kirche sich heute „modern" und „aufgeschlossen" gibt, wenn die Priester in Rollkragenpullovern predigen, so zeigt dieser unmenschliche und barbarische „Exorzismus" schlaglichtartig, aus welch dumpf-reaktionären Quellen die „Macht" der Kirche herrührt. Da werden Gefühle wie Angst vor Unbekanntem, Hoffnung auf ein besseres Leben skrupellos ausgenutzt, da werden Dämone hergezaubert, die von Menschen „Besitz ergreifen", da wird die Kirche „als Retterin der Seelen" angepriesen, um die Menschen von eben den Dämonen zu „befreien", die sie ihnen selbst eingeredet hat. Ein perverses Spiel, um die Menschen psychisch abhängig zu halten, um ihr Bewußtsein mit Mystik und Horrorträumen zu vernebeln.

Die Familie Michel gibt ein erschreckendes Beispiel dafür ab, in welch hilflos abhängige Lage diese „Verbrecher im Talar" Menschen durch ihren religiösen Terror treiben können. So vertrauten die Eltern ihr psychisch gestörtes Kind nicht nur den Patern an, die Anneliese Michel in monatelangen „Teufelsaustreiber"-Gebeten geradezu in dem Wahn stärken mußten, daß sie vom „Leibhaftigen" besessen sei. Sie pilgerten sogar nach Italien, um von dem Wasser eines Wallfahrtsortes Heilung und Wunder zu erwarten. Und als im Februar dieses Jahres eine Klosterschwester berichtete, sie habe eine „Offenbarung" gehabt, daß der Leichnam des 1976 gestorbenen Mädchens im Grab unverwest liege, ordneten sie die Exhumierung der Leiche an. Und all dies im 20. Jahrhundert!

Diese seelische Folter an Menschen „im Namen Gottes" gehört ebenso zur Kirche wie das „Wort zum Sonntag". Niemals wird die Kirche ihren reaktionären Charakter aufgeben. So erklärte der Würzburger Bischof nach dem Mord an der Studentin auch dreist, „daß in unserer Diozese Künftigen der Bitte um Genehmigung zum Gebet des feierlichen Exorzismus (Teufelsaustreibung) nur nähergetreten wird, wenn sich die betreffende Person, über die der Exorzismus gebetet werden soll, schriftlich verpflichtet, daß sie sich einer begleitenden ärztlichen Behandlung unterzieht." Der psychische Teufelsterror geht also weiter. Wie die Keuschheitsfolter, wie der Isolationszwang für Mönche und Priester. Wie der Terror gegen Frauen, die sich kein Kind mehr anschaffen können.

Kein Wunder, daß die Bourgeoisie in diesem Prozeß nicht die Kirche auf die Anklagebank setzt, sondern die Eltern und zwei niedrige Priester. Denn die herrschenden Klassen haben immer mit diesen „Dämonenaustreibern" zusammengearbeitet, um das Volk bewußtlos zu halten und zu knechten. Denn wem nützt es, daß Menschen in Angst und Schrecken gehalten werden, daß sie an Außerirdisches glauben? Niemand anderen als den Herrschenden.

Eben darum fördert die Bourgeoisie sie auch tatkräftig die reaktionäre Ideologie der Kirche. Nicht nur durch „Dämonen"-Filme und „Jesus"-Streifen im Fernsehen, nicht nur durch die Förderung von antikommunistischen Hare-Krishna-Sekten, sondern vor allem durch die Behandlung der Kirche als staatstragender Institution. Schule, Kindergärten, Heime, Sozialeinrichtungen, Rundfunk und Fernsehen — es gibt kaum einen gesellschaftlichen Bereich, in den der Staat nicht Priester und Pfaffen einschleust, damit sie dort das religiöse Gift verbreiten sollen. Es ist eine alte Forderung der Arbeiterbewegung, Kirchen und Staat zu trennen. Kämpfen wir dafür, daß der reaktionäre Einfluß der Kirche zurückgeschlagen wird!

Im März 1920 organisierten konterrevolutionäre Militärkreise um Kapp einen Putsch, um die Arbeiter niederzuringen und die Monarchie wiederherzustellen. Durch einen breiten Generalstreik schlug das Proletariat den Putsch zurück. Im Ruhrgebiet organisierten revolutionäre Arbeiter in diesen Tagen die „Rote-Ruhr-Armee". Sie war zeitweise bis zu 100.000 Mann stark. Heldenhaft kämpften die bewaffneten Proletarier gegen die putschenden Reichswehrtruppen und die Polizei. Aus diesem Anlaß schickte uns eine Leserin eine Buchbesprechung des Romans „Sturm auf Essen", die wir im folgenden etwas gekürzt abdrucken.

Buchbesprechung

Sturm auf Essen

Die historischen Ereignisse des Ruhrkampfes wurden im Jahre 1930 von dem proletarischen Schriftsteller Hans Marchwitza zu einem hervorragenden Reportageroman gestaltet: „Sturm auf Essen". Der Bergarbeiter Marchwitza hatte selbst als Zugführer der Roten Ruhrarmee die Kämpfe erlebt. Danach war er in die KPD eingetreten. Dieser proletarische Schriftsteller veränderte sich später in der DDR zu einem Revisionisten reinsten Wassers. So sehr, daß er seinen kämpferischen Reportageroman in einer zweiten Fassung zu einem harmlosen Erlebnisbericht aus dem Arbeiterleben umschrieb. Der Lohn war Nationalpreis und Botschaftsratsposten.

1930 allerdings, als Marchwitza noch klassenbewußter Proletarier war, schrieb er als „Arbeiterkorrespondent" für die „Rote Fahne". Sein Roman war der erste Band der Reihe „Der Rote Eine-Mark-Roman". Diese Reihe gab der „Bund proletarisch-revolutionärer Schriftsteller" (BPRS) heraus. Sie sollte dazu beitragen, eine proletarische Massenliteratur zu schaffen. Im Erscheinungsjahr, zehn Jahre nach dem Ruhrkampf, wurden 20.000 Exemplare verkauft. Die zweite Auflage des Romans wurde verboten. Warum? Marchwitza war es gelungen, historische Ereignisse und eine erdachte Handlung in einen Zusammenhang zu bringen, der „Sturm auf Essen" 1930 zum Geschichtsbuch und zum Lehrbuch der Proletarier machte, und der den Roman für uns auch heute noch wichtig macht.

Da sind einmal die ausführlichen Berichte der Kämpfe, die genaue Beschreibung der Lebensverhältnisse der Arbeiter. Da wird uns vorgeführt, welche Strömungen es im Proletariat gab. Die SPD-Mitglieder, die sich zunächst an den Kämpfen beteiligten, aber dann den Befehlen der Gewerkschaften folgten, zum Akzeptieren des sogenannten Bielefelder Abkommens aufriefen und Reden für die Regierung hielten. Anders die Spartakisten. Diese überzeugten Kommunisten sorgen für die Weiterführung des Kampfes, sie erklären den wenigen bewußt Kämpfenden, daß es sich bei diesem Bürgerkrieg um einen gerechten Krieg handelt: „Wenn sich Arbeiter für eine kleine Schicht von Unterdrückern in die Schützengräben hetzen lassen, sich dafür gegenseitig die Bajonette in die Leiber rennen, dann ist es ein Krieg, der nur durch den Geldsack hervorgerufen wurde, Arbeiter krepieren läßt, ohne etwas an ihrer Not zu ändern..! Diesmal ist es ein anderer Krieg! Es ist der Krieg Klasse gegen Klasse, Unterdrückte gegen ihre Unterdrücker. Der Kampf geht um die Freiheit der schaffenden Hände, es ist ein ebenso grausamer, aber ein gerechter Krieg, Genosse!"



Ein Bild aus dem Kampf der Roten Ruhrarmee im März 1920: Arbeiter bewaffnen sich gegen die Konterrevolutionäre.

Bei diesen Tönen ist es kein Wunder, daß der Roman verboten wurde. Hätte doch sonst den Proletariern wieder einfallen können, daß der von SPD-Führung und Gewerkschaftsbürokratie betriebene Verrat den Ruhrkampf zum Scheitern brachte, daß unter dem Befehl des Generals Watter (Chef der Reichswehrtruppen im Ruhrgebiet) mit Billigung der Reichsregierung (vor allem Reichswehrministers Noske und des Chefs des Truppenamtes, General von Seeckt) die Arbeiterformationen unter schwerem Blutvergießen, mit maßloser Brutalität niedergeschlagen wurden, und vor allem; daß die „gerechte Ordnung", für die die Arbeiter des Jahres 1920 gekämpft hatten, noch immer zu erkämpfen ist.

Der Roman endet (nach dem Scheitern der Ruhrkämpfe und im Deutschland des aufkeimenden Hitlerfaschismus geschrieben) mit folgenden siegesbewußten Worten (diese Worte sind in der DDR-Ausgabe des Romans natürlich gestrichen!), die auch heute noch für die Proletarier in beiden Teilen der deutschen Nation Geltung haben:

„,Nun schuften sie wieder, von Maschinengewehren bewacht!' sagte Fritz Raup verbissen, ‚und wir müssen vor den Henkern fliehen, die uns statt unser Recht, Kugeln zugedacht haben!'

‚Wir werden wiederkommen!' sagt Jupp Zermack hart.

‚Glaubst du daran?', erwiderte Mahler verzagt.

‚Ob ich daran glaube?' Zermack erhob sich zu seiner vollen Größe, reckte die massigen Knochen und streckte den Arm nach der donnernden Stadt hin: ‚Sieh', dort die Riesenbrände, lösche sie mit einem Atemzug aus. So ist es unmöglich, unsere Idee aus unseren Herzen auszulöschen! Die tausend Gräber der roten Ruhr-Rebellen werden stets der Wegweiser sein für die frischen, roten Bataillone, die wir neu formieren werden, Genosse! Der Prolet wird wieder eines Tages mit seinen Fäusten in die Räder greifen, die Gewehre an sich reißen! Dann gibt es keinen Waffenstillstand mehr! Wir werden die, die ihn predigen, in die Ruhr werfen! Wir werden die Schwätzer aufs Maul schlagen! Nur eins wird sprechen: unsere Gewehre!'"